

# antikap

Klassenkampf Feminismus Ökosozialismus



# Navigieren in Krisenzeiten

Energiekrise, Inflation, der Krieg in der Ukraine und die Klimakrise: Wir steuern auf eine Phase des Kapitalismus zu, in der sich verschiedene politische, soziale und ökologische Krisen ineinander verschränken und immer bedrohlicher werden. Durch den russischen Invasionskrieg sind die russischen und ukrainischen Getreideexporte eingebrochen. Zusammen mit der durch den Klimawandel zunehmenden Dürre und den ausgelaugten Böden führen sie zu einer massiven Zunahme des Welthungers. Gelingt es nicht, der Inflation entgegenzuwirken, werden immer mehr Menschen von (extremer) Armut bedroht sein. In einigen Ländern konnten sich in den letzten Wochen erneut rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien in den Wahlkämpfen durchsetzen. Bei den Midterms in den USA, bei welchen ein signifikanter Teil der beiden

Kammern (Senat und Repräsentantenhaus) sowie weitere Posten in der Verwaltung gewählt werden, konnte ein allzu grosser Rechtsrutsch knapp abgewendet werden.

In dieser einzigartigen Konstellation versucht sich auch die Schweizerische Politik mehr schlecht als recht auf die globalen Veränderungen einzustellen. Am klarsten ist dies momentan bei der Energiekrise ersichtlich, deren Charakter einer unmittelbaren Umweltkrise geflissentlich übersehen wird und allein als Preiskrise gerahmt wird. Die Schweizerische Energie-spar-Kampagne des Bundes läuft schon bald einen Monat und hat bereits ihre Dringlichkeit wieder verloren. Plakate mahnten im Zug, auf der Strasse und in TV-Webspots vor Stromverschwendung. Lieber kurz zusehen statt Baden oder «ein Grad zu viel geheizt, Strom verschwendet» waren dabei die Slogans. Es geht bei der Kampagne jedoch weniger um eine strukturelle Auseinandersetzung mit der aktuellen Energiepolitik des Landes. Das Stromsparen erscheint als letzte mögliche Reaktion, um das Schlimmste abzuwenden. Es soll eine temporäre Massnahme und Verhaltensempfehlung sein, welche wir später wieder aufheben können. Ganz so als ob unser jetziger Energiekonsum und Umgang mit Ressourcen für die Umwelt verträglich wäre und einfach so weitergeführt werden kann. Auch wird sichtbar, wie wenig man sich in der Industrie und der nationalen Energiepolitik in den letzten Jahren mit Umweltschutz oder nachhaltigem Umgang mit Ressourcen befasst hat und dass man diese Krise nicht zum Anlass einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema nutzen will.

Wir denken, dass dieser vereinfachte und letztlich verheerende Umgang mit gesellschaftlichen Krisen symptomatisch ist für die derzeitige Verfassung des Kapitalismus. Deswegen widmen wir den Schwerpunkt dieser Antikap der Themengruppe «Energie, Umweltkrise & Krieg». Darin entstand ein Konvolut an verschiedenen Artikeln, welche sich mit Ökologie, Al-

## Abonniere antikap!

**antikap** ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint derzeit zweimal jährlich.



Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite [sozialismus.ch](http://sozialismus.ch), auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl die antikap unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für CHF 10.- kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse: BFS Basel, Zeitschrift antikap, 4057 Basel.

Konto: 15-238267-2, Vermerk Abo.

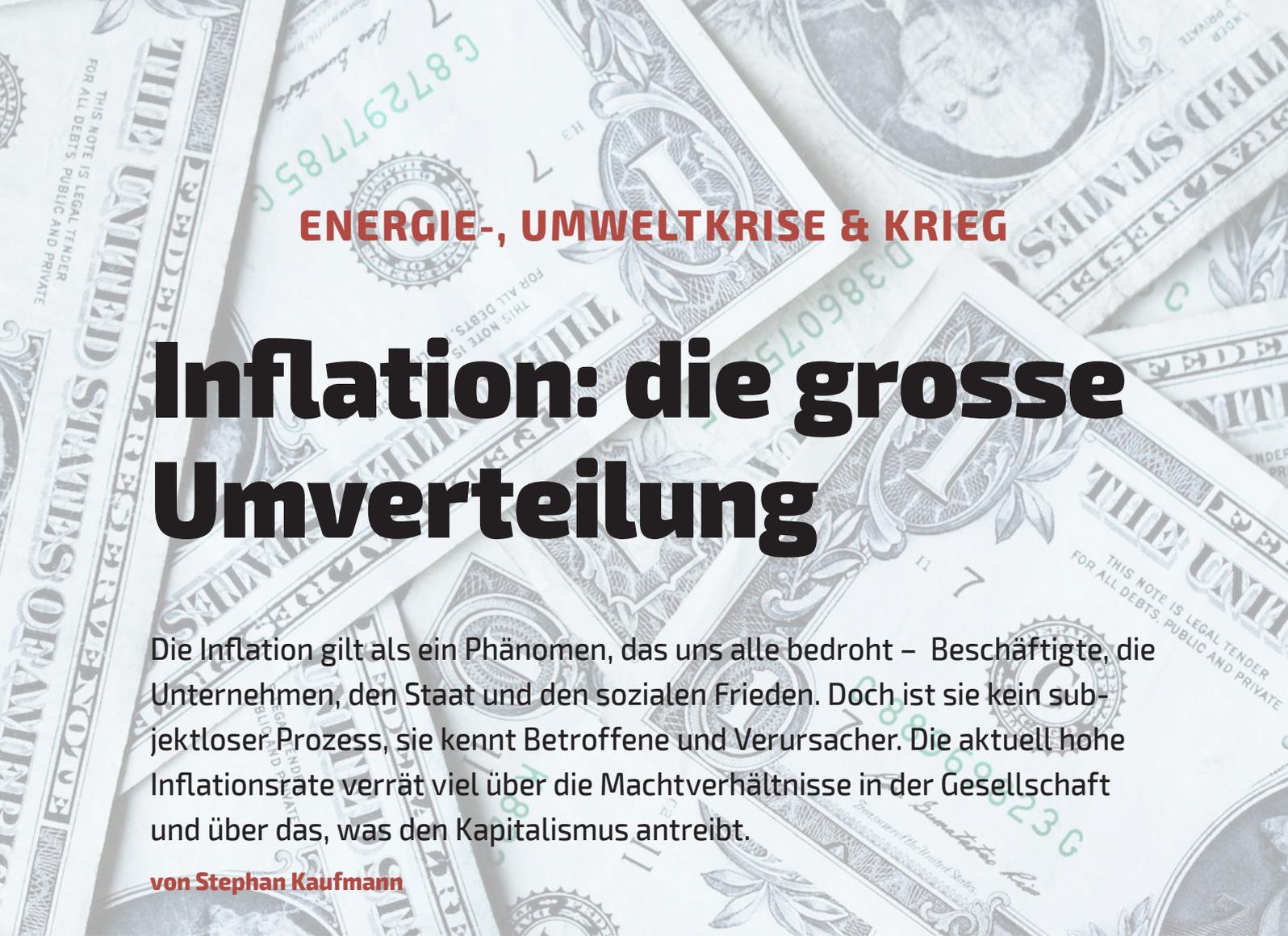
tersvorsorge, Krisen sowie sozialen Bewegungen und Protesten befassen. Verschiedene Artikel in unseren bisherigen Antikaps zum Thema Klimakrise verweisen auf die Dringlichkeit, mit der wir jetzt handeln müssten – doch tun wir es dann nicht. Im Artikel «Ohnmacht der Bilder» versuchen wir uns mit der Bildersprache der Berichterstattung über Krisen und Umweltkatastrophen auseinanderzusetzen und gehen der Frage nach, wieso wir zwar betroffen von solchen Bildern sind, aber dann nicht handeln. Weitere Artikel aus diesem Dossier bearbeiten einzelne Aspekte davon, wie beispielsweise den Strompreismarkt und die Energie- und Klimakrise. Ein anderer Artikel betrachtet das Thema der Pensionskassen aus ökologischer und feministischer Perspektive und untersucht die Verbindungen zur Energiekrise.

Der Artikel «Die iranische Theokratie in Bedrängnis» wirft einen Blick auf die mutigen Proteste im Iran und nimmt Bezug auf die Entwicklungen, welche dazu geführt haben. In einem Interview mit einer Aktivistin von Sotsialny Rukh sprechen wir über die Verteidigung von Arbeitsrechten, den Kampf gegen die Verschuldung und die Zukunft nach dem Krieg. Im letzten Teil dieser Antikap stellen wir wieder einmal einen Film vor und setzen uns in «Marvel und die Mossad-Agentin» mit der Rolle von Sabra im Marveluniversum auseinander. Den Abschluss dieser Ausgabe macht ein kleiner historischer Abriss über die 20-jährige Geschichte der BFS.

Wir hoffen, durch unsere Analysen zumindest etwas Licht ins Dunkel der entmutigenden Zusammenhänge der multiplen Krisen des Spätkapitalismus zu bringen und praktische Perspektiven aufzuzeigen, wie wir uns gegen die Krisen organisieren oder zumindest mit dem Widerstand gegen sie solidarisieren können.

# Inhalt

- 4 Inflation: die grosse Umverteilung:**  
Die Inflation gilt als ein Phänomen, das uns alle bedroht – Beschäftigte, die Unternehmen, den Staat und den sozialen Frieden.
- 9 Klimakrise, Krieg und Kaufkraftverlust:**  
Eine Welt in der Krise verlangt nach krisenfesten Antworten. Gegen Klimakrise, Krieg und Teuerung müssen wir gemeinsame Antworten finden.
- 12 Der Strommarkt:** Überteuerte Energiepreise und Förderung von klimaschädlichen Produktionsmethoden.
- 16 Pensionskassenkapitalismus abschaffen:**  
Die Investitionen unserer Altersvorsorge tragen zur Ausbeutung von Mensch und Natur bei.
- 20 Kampf an verschiedenen Fronten:**  
Die ukrainische Linke kämpft nicht nur gegen die russische Invasion, sondern auch gegen massive Angriffe auf die Rechte von Lohnabhängigen.
- 24 Die iranische Theokratie in Bedrängnis:**  
Der mutige Widerstand der iranischen Bevölkerung gegen die islamische Diktatur wächst. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der Sturz des Regimes längst überfällig ist.
- 32 Bilder der Ohnmacht:** Die mediale Berichterstattung über die Krisen der Welt wird durch eine entmutigende Bildsprache begleitet, die die Leser:innen eher ernüchtert als politisch aktiviert.
- 36 «Rheingold»:** Ein Film über den deutschen Rapper Xatar, die Flucht seiner Eltern aus Kurdistan, seinen Werdegang bis zur Spitze des Rap-Geschäfts und um einen spektakulären Goldraub.
- 40 Zweifelhafte Superheldin:** Marvel kündigt eine neue israelische Superheldin namens Sabra an.
- 42 20 Jahre BFS:** 2002 wurde die Bewegung für den Sozialismus gegründet. Ein kleiner Rückblick.

The background of the top section is a collage of US dollar bills, including one-dollar and five-dollar notes, with various serial numbers and the text 'THE UNITED STATES OF AMERICA' and 'FEDERAL RESERVE NOTE' visible.

**ENERGIE-, UMWELTKRISE & KRIEG**

# Inflation: die grosse Umverteilung

Die Inflation gilt als ein Phänomen, das uns alle bedroht – Beschäftigte, die Unternehmen, den Staat und den sozialen Frieden. Doch ist sie kein subjektloser Prozess, sie kennt Betroffene und Verursacher. Die aktuell hohe Inflationsrate verrät viel über die Machtverhältnisse in der Gesellschaft und über das, was den Kapitalismus antreibt.

**von Stephan Kaufmann**

Die aktuell hohe Inflationsrate führt zu einer Verarmung, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Schnell steigende Preise lassen die Kaufkraft schmelzen, sie entwerten Einkommen und Vermögen und münden voraussichtlich in einer Rezession. Gegenüber der allgemeinen Teuerungswelle zeigt sich die Politik weitgehend machtlos: Mehr als einzelne «Entlastungen» können die Menschen nicht erwarten.

In der Wirtschaftsberichterstattung ist es üblich, die Inflation als Naturphänomen darzustellen, das sich der menschlichen Kontrolle entzieht: Sie schläft oder droht, sie zerrt an ihrer Verankerung und wenn sie schließlich galoppiert, dann leiden alle. Diese Erzählung ist unterkomplex. Weder haben die Preise ein Eigenleben, noch sind ihrem Anstieg alle Wirtschaftssubjekte gleich ausgesetzt. Sowohl die aufgeführten Ursachen der Inflation wie auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung verraten viel über das Funktionieren des herrschenden Wirtschaftssystems, über die Funktion von Preisen und die Rolle des Geldes, um dessen Stabilität derzeit so sehr gefürchtet wird. Kurz: Um über die Inflation zu reden, müssten sehr viele Aspekte unserer Wirtschaft beleuchtet werden. Dieser Text konzentriert sich auf sechs Anmer-

kungen zum Problem der «steigenden Lebenshaltungskosten» und weist dabei auf Leerstellen in gängigen Erklärungen hin.

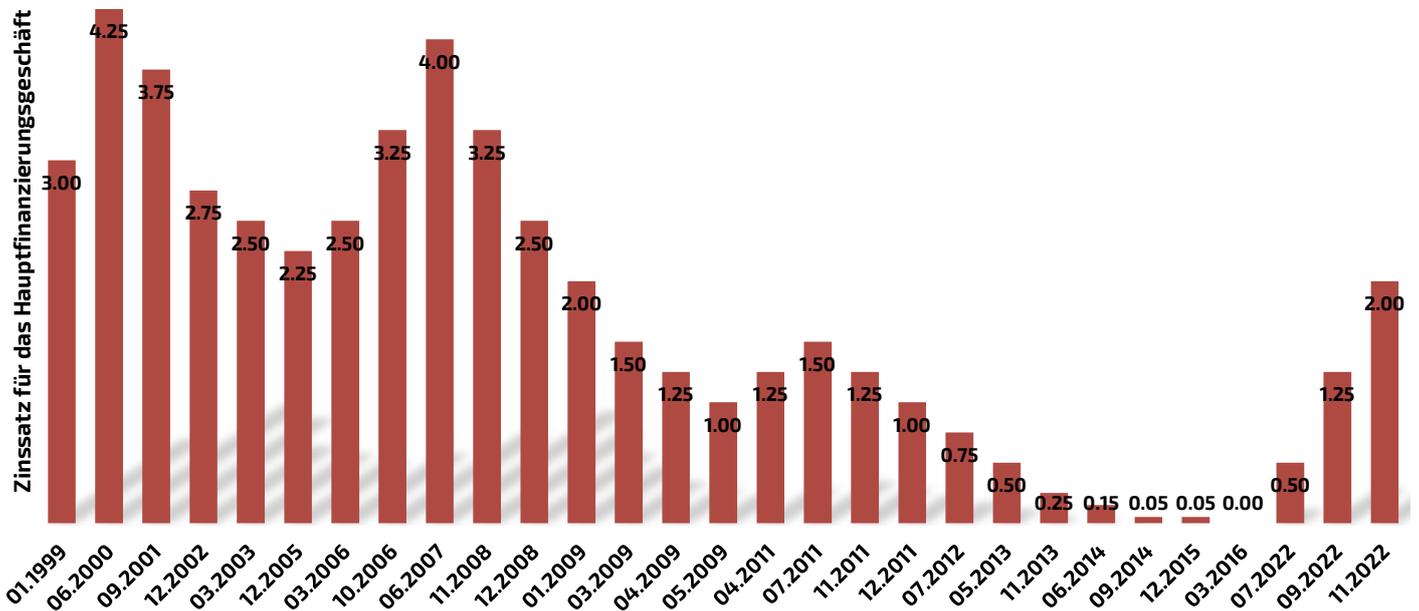
## 1. Der Krieg

Der russische Angriff auf die Ukraine und der anschließende Anstieg der Energiepreise gelten als zentrale Ursachen der hohen Inflationsrate. Diese Erklärung ist in zwei Hinsichten zu ergänzen:

Erstens war bereits vor Kriegsausbruch die Inflation relativ hoch. In der Coronakrise 2020 war sie in der Eurozone unter null Prozent gesunken und stieg bis Kriegsausbruch auf knapp sechs Prozent, in den USA sogar auf fast acht Prozent. Gründe dafür waren zum einen eine starke globale Nachfrage nach Waren: Während der Coronapandemie hatte sich Nachfrage aufgestaut. Zu ihrem Anstieg beigetragen hatten auch die billionenschweren staatlichen Unterstützungspakete für Haushalte und Unternehmen.

Zudem kam es im Zuge des Post-Corona-Booms zu Lieferengpässen. Gründe dafür waren zum einen weitere Lockdowns vor allem in China und zum anderen, dass die Unternehmen in der Pandemie ihre Produktionska-

## Entwicklung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank für das Hauptfinanzierungsgeschäft



« Für ein kapitalistisches Unternehmen ist der Preis einer Ware zu allererst ein Mittel, die Bedürfnisse der Nachfrager auszunutzen, um das eigene Bedürfnis zu befriedigen: Profit.

pazitäten drosselten und im anschließenden Boom diese Kapazitäten nicht schnell genug wieder hochfahren konnten. Aus dieser Kombination hoher Nachfrage und knappem Angebot wird die steigende Inflationsrate gemeinhin erklärt: Laut Internationalem Währungsfonds gingen in den USA 40 Prozent und in der Eurozone 66 Prozent der zusätzlichen Preissteigerungen auf das Konto von Lieferengpässen und höheren Rohstoffpreisen. Jeweils rund 30 Prozent resultierten aus höherer Nachfrage der Haushalte plus staatlichen Hilfsprogrammen.

Zweitens waren die nach Kriegsbeginn anziehenden Energiepreise allerdings nicht so sehr Folge der Kampfhandlungen selbst, sondern der Drosselung der Energielieferungen durch Russland. Mit diesen Drosselungen versucht Moskau seitdem, den Westen zur Aufgabe oder Abmilderung seiner Wirtschaftssanktionen zu zwingen. Die hohe Inflation ist mithin ein Teil des Preises, den der Westen in seinem Bemühen zahlt, Russland niederzuringen. Dies wird meist nicht so deutlich ausgesprochen, weil damit eine Relativierung der russischen Verantwortung verbunden wird.

### 2. Der Preis

Die Preise steigen – in diesem Satz erscheinen die Güterpreise als handelndes Subjekt, denen die Menschen ausgesetzt sind. Dies ist die gängige Perspektive der Käufer und Konsumenten, die die Inflation im Passiv erleben. Allerdings, so riet einst der Philosoph Leo Kofler: «Wenn Sie hören, die Preise steigen, glauben Sie es nicht! Preise tun nämlich gar nichts.» Handelnde Subjekte an der Preisfront sind vielmehr die Unternehmen. Sie sind es, die die Waren teurer machen und dazu befugt sind: Die Marktwirtschaft beruht auf «freien Preisen», und damit ist die Freiheit der Unternehmen gemeint, den Preis gemäß ihren Zwecken festzusetzen. Denn ihnen gehören die Güter, die sie produzieren lassen.

Für ein kapitalistisches Unternehmen ist der Preis einer Ware zu allererst ein Mittel, die Bedürfnisse der Nachfrager auszunutzen, um das eigene Bedürfnis zu befriedigen: Profit. Nur dafür hat das Unternehmen Güter produziert, nur dafür geht es auf den Markt und nur dafür setzt es den Preis fest: um einen Gewinn zu machen, damit das investierte Kapital vermehrt zurückfließt, um anschließend mit dem gleichen Zweck neu investiert zu werden. Und weil alle kapitalistische Unternehmen das gleiche wollen, sind Preise auch die Waffen ihres Konkurrenzkampfes: Jedes Unternehmen versucht, besser und billiger als die anderen zu produzieren, damit seine Waren – und nicht die der Wettbewerber – Absatz finden. Auf Grund der Konkurrenz ist der Profit für das Unternehmen nicht lediglich sein Ziel, sondern auch ein Zwang. Denn in der Konkurrenz

mit anderen muss es eine angemessene Kapitalrendite erwirtschaften. Andernfalls droht ihm über kurz oder lang das Ausscheiden aus dem Markt.

Für die Nachfrager wiederum ist der Preis einer Ware die einzige, aber auch die entscheidende Schranke zwischen dem eigenen Bedürfnis und seiner Erfüllung: Für Geld ist alles zu haben, aber eben nur, wenn man genug davon hat. Bedürftige Nachfrager, die die geforderten Preise nicht zahlen können, sind nicht Teil des Marktes, ebenso wenig wie Güter, deren Preise nicht bezahlt und die daher nicht verkauft werden. «Verteilungsmittel» sind die Preise also nur in dem Sinn, dass alles zu einer Frage der Zahlungsfähigkeit gemacht ist. Die Volkswirtschaftslehre sieht die Sache etwas anders. «Die heftig kritisierte Marktwirtschaft», klärt uns die Deutsche Bank auf, «steht vor dem Problem, mit begrenzten Mitteln eine potenziell unbegrenzte Zahl von Wünschen zu befriedigen, und das stets unter Berücksichtigung von Unsicherheit.» Dieses «Allokationsproblem» werde in der Marktwirtschaft «mithilfe von Preisen gelöst, die als Knappheitsindikator fungieren.» Dem hält der Philosoph Oliver Schlaudt entgegen: «Preise liefern nicht wie Landkarten oder Messwerte eine objektive Beschreibung von Tatsachen, auf deren Grundlage rationale Entscheidungen getroffen werden können. Sie sind vielmehr die relevante Information für denjenigen, der sein Handeln an der Möglichkeit des Profits ausrichtet.» Die Höhe des Preises, so heißt es gemeinhin, richte sich nach Angebot und Nachfrage, er bringe beide zur Deckung. Das bedeutet im Klartext: Die Höhe des Preises ist Ergebnis eines permanenten Machtkampfes zwischen Anbietern und Nachfragern. Dabei nutzen die Anbieter jede Möglichkeit, ihre Waren zu verteuern. Sowohl «Lieferengpässe» als auch «Nachfragestaus» sind für sie Gelegenheiten, ihren Gewinn zu erhöhen oder ihn vor steigenden Kosten zu schützen. Nicht «höhere Nachfrage» oder ein «geringeres Angebot» lassen Preise steigen. Sondern die Unternehmen nutzen derartige Entwicklungen aus – sie machen die Inflation und die Käufer damit ärmer.

### 3. Die Nachfrage

In der Debatte dagegen wird die Schuld an steigenden Inflationsraten oft der Käuferseite zugewiesen: Gewarnt wird derzeit davor, dass die abhängig Beschäftigten ihre Verarmung durch höhere Löhne kompensieren und daraus eine «Lohn-Preis-Spirale» folgt. Denn auf

die höheren Lohnkosten sowie auf die durch Lohnsteigerungen erhöhte Nachfrage reagierten Unternehmen automatisch mit weiteren Preiserhöhungen. Hier werden das Gewinninteresse der Unternehmen, ihre Macht zur Preissetzung und der Konkurrenzdruck, unter dem sie stehen, als eine Art Naturgesetz dargestellt, als ein Automatismus, gegen den Gegenwehr sinnlos ist. Aus dieser Perspektive ist die Nachfrageseite daher verantwortlich für steigende Preise und Geldentwertung – also die Gewerkschaften, weil sie höhere Löhne für die Nachfragenden erkämpfen wollen.

Die abhängig Beschäftigten, raten Ökonomen, sollen sich nun mit Lohnforderungen zurückhalten und ihren inflationsbedingten Kaufkraftverlust hinnehmen, weil er unvermeidlich ist. Erlaubt sind höchstens staatliche Teilkompensationen, vorübergehende Beihilfen und

Einmalzahlungen, um die Verarmung über die Zeit zu glätten. Diese Entlastungen gelten allerdings auch als nötig, da die Teuerung viele Haushalte hart trifft. Dass um ein paar Prozent steigende Preise für Energie oder Lebensmittel

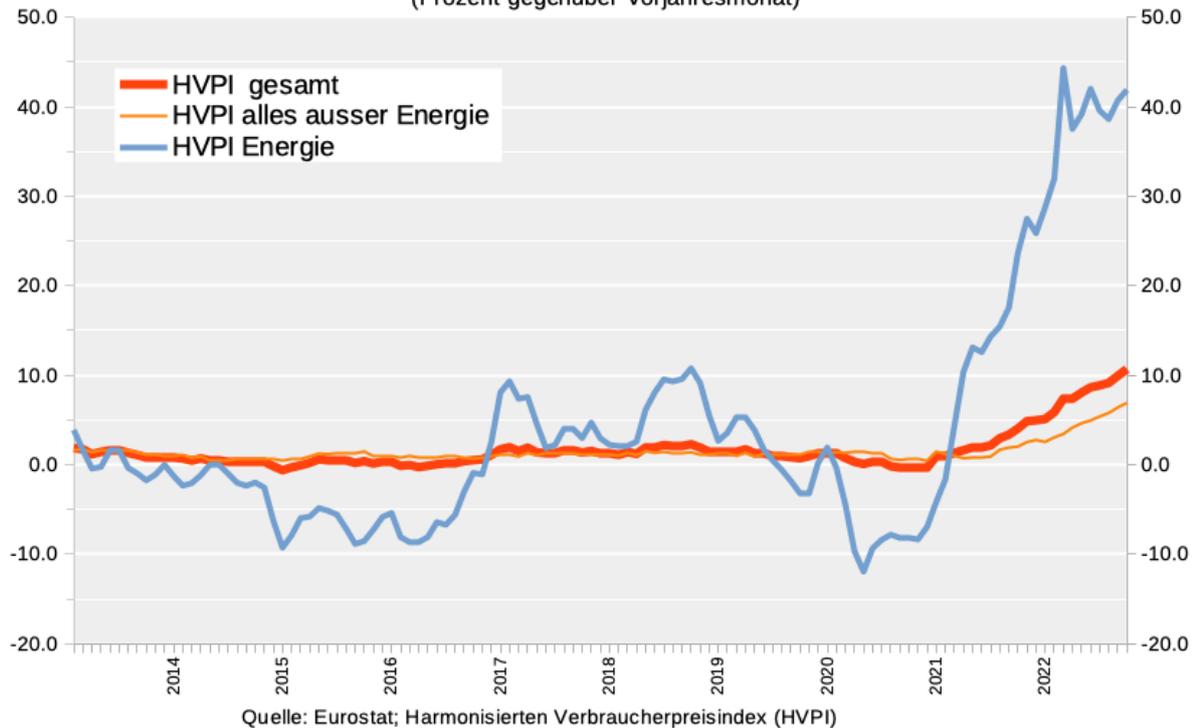
Millionen Menschen in Existenznöte bringt, zeigt dabei, wie knapp die Einkommen bereits bemessen sind und wie gering die finanziellen Reserven. Es gehört zu den Eigenheiten von Inflationsdebatten, dass die Verarmung mehr öffentlichen Unmut hervorruft als die bereits eingetretene Armut, die die Inflation bloß offenlegt und verstärkt.

Bei der Forderung an die Arbeitnehmerseite, auf deutliche Lohnerhöhungen zu verzichten, bleibt es nicht bei Appellen von Politik und Experten. Die Zentralbank macht sich daran, die Position der abhängig Beschäftigten aktiv zu schwächen: Überall auf der Welt steigen die Leitzinsen, was Kredite teurer macht und die zahlungsfähige Nachfrage senkt. Das angepeilte Ergebnis ist eine Drosselung der Konjunktur und damit der Nachfrage nach Arbeitskräften – die US-Zentralbank ist laut eigener Aussage derzeit sogar bereit, eine Rezession zu riskieren, um durch «demand destruction» die Inflation zu senken. Bei der «demand destruction» zu Gute kommt den Zentralbanken, dass die Gewerkschaften entweder zu schwach oder nicht Willens sind, die höheren Preise durch entsprechende Lohnerhöhungen zu kompensieren. In den USA ist der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer im Privatsektor auf nur noch 6,1 Prozent gefallen. In der EU schwächt die weiter hohe Arbeitslosigkeit die Position der Gewerkschaften

« Sowohl Lieferengpässe als auch Nachfragestaus sind für Unternehmen Gelegenheiten, ihren Gewinn zu erhöhen oder ihn vor steigenden Kosten zu schützen. »

## Inflationsrate im Euroraum 2014 bis Oktober 2022

(Prozent gegenüber Vorjahresmonat)



und verhindert so stärkere Lohnerhöhungen in der Breite. Der Internationale Währungsfonds stellt in seinem jüngsten Weltwirtschaftsausblick daher erste Erfolge fest: «Fallende Reallöhne helfen bei der Minderung des Preisdrucks.»

### 4. Das Geld

Am Vorgehen der «Währungshüter» wird deutlich, dass ihr Sorgeobjekt weniger die Kaufkraft der Menschen ist. Sondern die Kaufkraft des Geldes, die vor den Lohnforderungen der Beschäftigten geschützt werden muss. Die Bekämpfung der aktuell hohen Inflation müsse «höchste Priorität haben», schrieb Finanzminister Christian Lindner auf Twitter. «Sie ist die größte Gefahr für unser wirtschaftliches Fundament, weil sie Investitionen hemmt & Menschen ärmer macht.» Was sagt Lindner hier?

Zu «Investitionen hemmen»: Ob, wann, wie und welche Produktion im Kapitalismus stattfindet, wie stark das Wachstum ausfällt, wie hoch Steuereinnahmen und Einkommen sind und wohin die Arbeitslosigkeit geht, das hängt von der Rendite ab, die Unternehmen erwarten. Sie investieren 1000 Euro, um 1100 Euro zu erlösen und aus diesen 1100 Euro abermals mehr zu machen. Ihr Ziel ist der Profit, also eine Vermehrung von Geldsummen und das bedeutet: eine Vermehrung ihrer Zugriffsmacht auf die gesellschaftliche Arbeit und ihre Produkte. Und genau diese Zugriffsmacht mindert die

Inflation. Sollten am Ende die 1100 Euro so viel wert sein wie die 1000 Euro zu Beginn, so betrüge die reale Investitionsrendite null Prozent. Die Verwertung des Werts wäre gescheitert.

Die Basis ihres Geschäfts ist für Investoren also ein verlässliches Geld, auf dem ihre Profitkalkulationen beruhen. Für Staaten in ihrer Funktion als Kapitalstandorte ist die Bereitstellung einer stabilen Währung damit eine zentrale Aufgabe – so zentral, dass damit eine eigene Institution betraut ist, die Zentralbank. Um das Vertrauen der Investoren zu erlangen, soll sie für Geldwertstabilität sorgen, wobei mit «Stabilität» weniger eine möglichst geringe Inflationsrate gemeint ist, sondern vor allem eine berechenbare. Indem Zentralbanken sich offizielle und zuweilen skurril genaue Zielinflationsraten setzen – «mittelfristig nahe aber knapp unter zwei Prozent» – nähren sie den Glauben an ihre Fähigkeit, die Geldentwertung exakt steuern zu können.

Adressat und Sorgeobjekt sind dabei die Investoren, für sie soll Stabilität garantiert werden. Zwar werden auch die Konsumenten in den Blick genommen. Doch dass Inflation «die Menschen ärmer macht» erklärt Lindner weniger als soziales Problem, sondern als «Gefahr für unser wirtschaftliches Fundament», spricht: Die Verarmung der Menschen beschädigt die Konjunktur. Im Ökonomen-Deutsch: Europa droht eine «Konsumrezession». Als Mittel des Wachstums versagen die schrumpfenden Einkommen ihren Dienst an der Geld-

vermehrung. Gefährdet sind zudem der soziale Friede und die politische Stabilität, beides «Grundvoraussetzungen für das Wirtschaftswachstum», so der britische «Economist».

### 5. Die Kapitalstandorte

Zwar wird die Stabilität von Geld meist an Warenkörben gemessen, also an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Damit wird so getan, als sei der weltweite Geld-Reichtum eigentlich ein riesiges Einkaufsbudget und als hätten Geld, Preis und Investitionen ihren Endzweck in Konsum und Genuss. Tatsächlich aber stellt im Kapitalismus die – reale – Vermehrung von Geldsummen einen Selbstzweck dar, der durch hohe Inflation tendenziell beschädigt wird, weswegen sie bekämpft werden muss.

Die Stabilität des Geldes fördert Investitionen und Wachstum, und beide fördern wiederum die Geldwertstabilität – dieser Zirkel wirkt in ökonomisch guten Zeiten selbstverstärkend. In der aktuellen Krisenphase allerdings macht er sich für die Zentralbanken und Regierungen bemerkbar als Widerspruch: Um die Inflation zu senken, sollen die Zinsen steigen, um die zahlungsfähige Nachfrage zu mindern. Dies allerdings belastet gleichzeitig das ohnehin abnehmende Wachstum und führt in die Rezession. Um die Konjunktur zu stützen und das Konsumniveau aufzufangen, schnüren Regierungen, die sich das leisten können, milliardenschwere Hilfspakete. Dafür allerdings nehmen sie weitere Schulden auf, die sich zu den Schuldenbergen der Vergangenheit addieren, was zwar die Konjunktur stützt, aber ihre Kreditwürdigkeit strapaziert und Inflationsorgen nährt. «Es ist ein Konflikt zwischen Fiskal- und Geldpolitik», erklärt die französische Bank Natixis. Dieser Widerspruch hat im Falle Großbritanniens im September zu einer drastischen Entwertung des britischen Pfunds und stark steigenden Zinsen geführt. Nachdem die Regierung Steuersenkungen in Aussicht gestellt hatte, deren Finanzierung durch neue Staatsschulden geschehen wäre, stürzten an den Finanzmärkten britische Staatsanleihen ab, und die Zentralbank musste mit Notkäufen einspringen, um die Kreditwürdigkeit Großbritanniens zu sichern. In der Folge nahm London seine Steuerpläne wieder zurück, der Finanzminister musste abtreten. Er habe aus der Sicht der Finanzmärkte das Land «uninvestable» gemacht, meldete die Finanzagentur Bloomberg.

Im Falle Deutschlands führt der Widerspruch zwi-

sehen Inflationsbekämpfung und Konjunkturrettung dazu, dass der Finanzminister einerseits mahnt, die Inflation «nicht durch expansive Finanzpolitik zu befeuern», gleichzeitig aber neue Verschuldungsprogramme über Hunderte von Milliarden auflegt und diese rechtfertigt mit den Hinweis, sie seien nur einmalig – nächstes Jahr werde die Schuldenbremse sicher wieder eingehalten. Während die britische Kreditwürdigkeit angezweifelt ist, hält die deutsche noch.

### 6. Das Vertrauen

Mit ihrer Inflationsbekämpfung arbeiten die Zentralbanken derzeit nach eigener Aussage daran, das Vertrauen der Bürger:innen in die Stabilität des nationalen Geldes zu erhalten. Mit «Bürger:in» gemeint sind dabei zuallererst die globalen Investoren, vor allem an den Finanzmärkten. Denn hier werden die Währungen einem permanenten Bewertungsvergleich ausgesetzt. Hier ist das «repricing of risk» derzeit in vollem Gange, wobei Vertrauensverlust zum Entzug nationaler Kreditwürdigkeit führen kann, zu Abwertung, steigenden Zinsen und Krise.

Der lohnabhängige Rest der Bevölkerung ist als Konsument und «Preisnehmer» von der Inflation betroffen. Mit seinem Kaufkraftschwund bezahlt er für die Stabilität des Geldes. An den steigenden Preisen bemerken die Bürger:innen ihr Ausgeliefertsein. Gleichzeitig offenbaren ihre bangen Fragen nach Ursachen der hohen Inflation ein gefestigtes Vertrauen in den Markt: Die steigenden Preise werden als Missstand gefasst, als Fehler oder Störung, die einer Erklärung bedarf. Dahinter steht die Idee eines eigentlich gut funktionierenden Mechanismus, bei dem die Preise den Zugang zu Gütern eröffnen, den Unternehmen Gewinn einspielen, alle Interessengegensätze irgendwie auflösen und alles ins Gleichgewicht bringen.

Das grundsätzliche Vertrauen in den Markt wird von den gängigen Erklärungen der hohen Inflation transportiert. Die meisten laufen auf die Annahme eines «Übermasses» hinaus – zu billige Kredite, zu viel Geld, zu hohe Löhne, zu hohe Profite oder zu hohe Schulden – das im Interesse aller korrigiert oder vermieden werden könnte. So erhalten sich die Menschen sogar im Moment der Krise das Vertrauen darin, dass das System, in dem sie leben, zumindest theoretisch zu steuern ist und in ihm eigentlich alles gut bestellt ist.

# Klimakrise, Krieg und Kaufkraftverlust

*Wie kann  die Linke durch den  
Krisenwinter manövrieren?*

Wir erleben zurzeit eine Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Der Sommer 2022 führte uns drastisch vor Augen: Die Klimakatastrophe ist Realität. Zusätzlich zu Klimakrise, Pandemie und dem russischen Besatzungskrieg gegen die Ukraine wird Europa in diesem Winter eine weitere Krise erleben: Aufgrund der steigenden Energiepreise und der hohen Inflation wird sich die Armut in Europa massiv verschärfen. Die Preissteigerungen fressen auch in der Schweiz den Lohnabhängigen ihre Kaufkraft weg. Gerade für ärmere Lohnabhängige kann dies zu einer existenziellen Bedrohung werden. Die Linke steht vor der Herausforderung, den Krieg gegen die Ukraine, die Klimakatastrophe, die Energiekrise und die massiven Preissteigerungen zusammenzudenken und solidarische Antworten auf diese komplexe Gemengelage zu entwickeln.

**von Philipp Gebhardt (BFS Zürich)**

## Inflation ist Umverteilung von unten nach oben

Von Dezember 2020 bis Juli 2022 erreichte die Inflation in der Schweiz einen Wert von 4,5%. Inflation bedeutet für die Lohnabhängigen und die Rentenbezüger:innen eine starke Verschlechterung ihrer Kaufkraft und ihres Lebensstandards. Zur Veranschaulichung: Im Jahr 2020 betrug der Bruttomonatslohn (Medianwert) in der Schweiz 6'565 Franken. Von Dezember 2020 bis Juli 2022 hat die Teuerung den direkten Verdienst von Lohnabhängigen mit einem solchen Bruttomonatslohn kumuliert um 2'561 Franken verringert. Sollte die Inflation bis Ende 2022 auf dem aktuellen Niveau von 4,5% bleiben, würde sich der Verlust insgesamt auf 3'561 Franken belaufen. Innert zwei Jahren sind also einer arbeitenden Person mit Medianeinkommen 4'000 Franken verloren gegangen – beziehungsweise umverteilt worden: Denn die Hauptursache für die aktuelle Inflation ist der gesteigerte Gewinnanspruch der Konzerne (vor allem aus dem fossilen Sektor).<sup>1</sup> Die Verteidigung der Kaufkraft gegen die Auswirkungen der Inflation gehört zu den seltenen gewerkschaftlichen Fragen, die die Gesamtheit der Lohnabhängigen betrifft, obschon auch hier die unteren Einkommensschichten härter getroffen werden, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für den Bedarf des täglichen Lebens ausgeben müssen. Mittels eines automatischen und rückwirkenden Teuerungsausgleichs («gleitende Lohnskala») wäre es möglich, unsere Löhne vollständig an die Teuerung anzupassen. Dafür gilt es eine breite gewerkschaftlichen Mobilisierung aufzubauen, denn freiwillig erhöhen die Unternehmen unsere Löhne nicht.

## Klimakrise und Krieg lassen sich nicht ignorieren

Die Verteidigung der Kaufkraft der Lohnabhängigen ist allerdings angesichts der gesellschaftlichen Krise nicht genug. Erstens ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Konsumniveaus und des damit verbundenen Energie- und Materialverbrauchs sowie des CO<sub>2</sub>-Austosses allein schon aufgrund der imminenden Klimakatastrophe keine Option. Wir sollten die Energiekrise und die Stromspardiskussionen zum Anlass nehmen, um konkrete Vorschläge in die Debatte einzubringen, wie wir den Energiehunger des fossilen Kapitalismus zähmen wollen und die Gesellschaft sozial und ökolo-

gisch umbauen können. Hierfür braucht es überzeugende Modelle, um gesellschaftliche Schlüsselindustrien demokratischer Kontrolle zu unterstellen.

Zweitens ist die gegenwärtige Inflation auch explizit auf die Klimakatastrophe zurückzuführen. Einerseits verteuern extreme Wetterlagen, Dürren und Hitze die Konsumprodukte, weil z.B. die Transportkosten aufgrund von Niedrigwasserstand steigen. Andererseits ist die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und ihren Marktpreisen im Allgemeinen eine Ursache der Teuerung, die wohl auch längerfristig anhalten wird. Die tendenzielle Knappheit von Öl- und Gas führt zu steigenden Preisen und lässt damit nicht nur die Ausgaben für Mobilität und Heizung, sondern auch für Lebensmittel weltweit in die Höhe schiessen. Der Kampf gegen die Inflation muss ein ökologischer sein, weil man ansonsten eine zentrale Ursache schlichtweg ignoriert.

Eine Überbrückung der Energieknappheit mittels einer Ausweitung der Stromproduktion mit fossilen Energieträgern, wie es der Schweizer Bundesrat aktuell vorantreibt, ist nicht nur hinsichtlich der Teuerungsbekämpfung und selbstredend aus ökologischen Gründen der falsche Weg. Darüber hinaus zementiert eine solche Politik die Abhängigkeit der europäischen Gesellschaften von mörderischen Regimen wie jenen in Russland, Iran, Katar oder Aserbaidschan. Ganze Volkswirtschaften sind in ihren verzweifelten politischen Regulierungsbemühungen der Inflation der Laune des Ölkartells OPEC ausgeliefert, das im Oktober 2022 die Preisregulationen mit einer Drosselung der Öl-Fördermenge konterkarierte, weil die OPEC dadurch die Preise hochhält und ihre Gewinnansprüche zementiert.

Die internationale Solidarität sollte die Grundlage jeder linken Politik bilden. Wenn die ukrainischen Lohnabhängigen unter einem reaktionären, mit Öl- und Gasexporten finanzierten Besatzungskrieg leiden und die russischen Lohnabhängigen sich weigern, als Kanonenfutter für diesen Krieg herhalten zu müssen, dann unterstützen wir sie. Wenn die Bevölkerung im Iran gegen das Mullah-Regime und für gesellschaftliche Freiheiten auf die Strasse geht, stehen wir hinter ihnen. Und wenn die katarische Monarchie eine Fussball-WM auf Kosten der Bauarbeiter:innen und des Klimas veranstaltet, oder die aserbaidchanischen Herrschenden einen Krieg gegen das Nachbarland führen, dann verurteilen wir sie und lehnen Geschäfte mit ihnen ab. Die Entfossilisierung der europäischen Gesellschaften ist also nicht nur aufgrund der Erderwärmung dringend, sondern schadet auch direkt Putins Kriegstreiberei und anderen menschen- und klimafeindlichen Regimen.

<sup>1</sup> Siehe dazu den ausführlichen Artikel in dieser Antikap zu den Ursachen der Inflation von Stephan Kaufmann («Inflation: die große Umverteilung»).



Angesichts der Energiekrise setzen viele Regierungen entgegen aller ökologischer Vernunft wieder auf fossile Kraftwerke und Atomstrom.

### Für die gesellschaftliche Aneignung des Energiesektors

Die Schweizer Regierung richtet ihre politische Antwort auf die Energiekrise darauf aus, die Profite und die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals zu schützen und die Kosten dafür auf die Bevölkerung abzuwälzen. Das Beispiel des grössten Schweizer Energiekonzerns Axpo zeigt, dass die privaten Unternehmen ihre Profite über die Versorgungssicherheit stellen. Die Axpo profitierte vom liberalisierten europäischen Strommarkt, hat als grosser Player im europäischen Energiehandel mitgemischt, bis sie sich aufgrund der Verknappung des russischen Gases und der steigenden Energie- und Strompreise verspekuliert hat. Die anstehenden Verluste sollen nun von den Steuerzahler:innen bezahlt werden.

Die Politik der Regierung und der Unternehmen führt uns stetig weiter in Richtung Abgrund. Wir müssen unsere eigenen Ideen und Visionen entwickeln und diese der bürgerlichen Politik der Alternativlosigkeit entgegensetzen. Eine Forderung, die eine solidarische Antwort auf die sich überlappenden Krisen darstellt, und eine Brücke zwischen sozialen, ökologischen und internationalistischen Anliegen  ist diejenige der gesellschaftlichen Aneignung des Energiesektors.

Es ist angebracht, die Energieversorgung als Teil der gesellschaftlichen Grundversorgung zu denken, dem Markt zu entziehen, in öffentliches Eigentum zu überfüh-

ren und unter die Kontrolle der Nutzer:innen und der im Sektor Beschäftigten zu stellen. So kann allen Menschen eine niedrigpreisige Basisversorgung mit Energie garantiert und die Energiewende in Angriff genommen werden.

Ein solcher kombinierter Ansatz verhindert nicht nur Querfronten mit Rechten, die ebenfalls gegen die Teuerung auf die Strasse gehen. Die Vergesellschaftung des Energiesektors könnte zudem ein Anfang sein, um einen generellen Ausbau der kostenlosen und demokratisch verwalteten gesellschaftlichen Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung, öffentlicher Verkehr usw.) zu fördern. Dies wäre einerseits die sinnvollste Antwort auf die Verarmungstendenzen in Europa und andererseits dringend notwendig für eine gerechte Verteilung der sozialen Reproduktionsarbeit. Das individualistische Konsumglück könnte so durch eine Vision des guten Lebens für alle ersetzt werden – und zwar nicht trotz, sondern wegen des Um- und Rückbaus der kapitalistischen Produktion und der Veränderung unseres Konsumverhaltens. Diese Vision kommt allerdings sofort in Widerspruch mit den kapitalistischen Besitzverhältnissen, die es deswegen strategisch ins Visier zu nehmen gilt. Dass die Macht- und die Eigentumsfrage ins Zentrum von linken Interventionen gestellt werden sollte, ist nicht neu, ist oftmals abstrakt und schwer vermittelbar. Es nicht zu tun, heisst allerdings, die Ursachen der aktuellen Krisen zu verkennen.

# Der Strommarkt

Ohne Strom ist unser modernes Leben nicht mehr denkbar. Alles braucht Strom, von offensichtlichen Verbrauchern wie Smartphones und Lampen über Elektroheizungen bis zu Minicomputern, die auch z.B. eine Gasheizung steuern. Fast jeder Aspekt unseres Lebens ist von Strom abhängig und Strom ist dadurch zu einem Grundbedürfnis geworden. Und wie bei allen Grundbedürfnissen hat eine Liberalisierung der Versorgung besonders verheerende Auswirkungen, auch mitten in Westeuropa.

Von Peter Hänggli (BFS Basel)

### Die Geschichte der modernen Stromnetze

Die Anfänge der heutigen Stromnetze wurden in Europa nach dem 2. Weltkrieg aufgebaut, als in der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg der Strombedarf rasant anstieg. Dazu wurden staatliche Unternehmen gegründet, die Kraftwerke sowie Verteilnetze bauten. Damit ein Stromnetz funktioniert, muss der Strom im System eine stabile, gleichbleibende Frequenz (in Europa 50Hz) haben. Dies wird erreicht, indem sich Produktion und Verbrauch die Waage halten. Mittels sogenanntem Regelstrom wird die Frequenz bei Schwankungen (z.B. durch den Ausfall eines Kraftwerkes) stabilisiert, indem Produktion zu- oder abgeschaltet wird. Die Stromproduktion mittels Atomkraftwerken oder die Verbrennung fossiler Energieträger hat den Vorteil, dass sie relativ präzise regulierbar ist. Deren grosser Nachteil sind jedoch die bei der Umwandlung in Strom entstehenden Abfallprodukte – wie CO<sub>2</sub> oder strahlende Brennstäbe –, welche grosse Schäden für das Klima zur Folge haben. Erneuerbare Energiequellen wie Wind-, Solar- oder Wasserkraft sind besser für das Klima, sind aber auch stark vom Wetter abhängig und liefern manchmal zu viel und manchmal zu wenig Energie. Um dies auszugleichen, muss zu Zeiten hoher Produktivität die Energie gespeichert und zu Zeiten niedriger Produktivität wieder abgerufen werden.

Strom kann allerdings in grossen Mengen nur sehr schwer gespeichert werden. Eine der wenigen etablierten Methoden sind sogenannte Pumpspeicherwerke, Speicherseen an erhöhter Lage in den Bergen. Wenn mehr Strom produziert als verbraucht wird, wird damit Wasser den Berg hinauf in den Stausee gepumpt, wenn mehr Strom verbraucht wird, fliesst das Wasser durch die Schwerkraft getrieben wieder hinunter und treibt dabei Turbinen an, welche Strom produzieren.

Ein grossflächiges Stromnetz macht es einfacher, regionale Schwankungen bei Verbrauch und Produktion auszugleichen. Durch ihre geographische Lage in der Mitte Westeuropas und ihre vielen Pumpspeicherwerke in den Bergen hat die Schweiz eine zentrale Funktion im europäischen Stromnetz, welches auch in der Schweiz geboren wurde: Mit der als «Stern von Laufenburg» bekannten Schaltanlage wurde 1958 im Aargau erstmals die Stromnetze von Deutschland, Frankreich und der Schweiz miteinander verbunden.

### Der Hintergrund der aktuellen «Energiekrise»

In ganz Europa steigen aktuell die Strompreise massiv. Begründet wird dies in den Medien vor allem mit dem Krieg in der Ukraine. Der Krieg und die Sanktionen gegen Russland erhöhen den Preis von Erdgas stark. Man würde



also annehmen, dass der Preis für mit Gas hergestelltem Strom steigt, während vom Krieg nicht beeinflusste Energiequellen gleich teuer bleiben. In der Schweiz ist der Anteil des Gases an der Stromproduktion sehr klein, trotzdem steigen die Preise. Dies liegt laut der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom daran, dass der Strom nicht direkt aus der lokalen Produktion in die lokalen Netze gelangt, sondern von den Anbietern auf dem Strommarkt eingekauft wird.

### Der Strommarkt

Aber was ist der Strommarkt eigentlich? Die Stromproduktion und Verteilnetze wurden zwar von der öffentlichen Hand erstellt, jedoch ab den 80er Jahren immer mehr liberalisiert und privatisiert. Margaret Thatchers England war das erste Land, das 1984 das öffentliche Strommonopol aufhob. Nach einer Richtlinie der EU-Kommission von 1996 stürzten sich auch die anderen europäischen Länder auf diesen neoliberalen Weg: Zunächst durch die Abschaffung des Import- und Exportmonopols; dann des Monopols für die Stromerzeugung und -versorgung. Schliesslich musste auch das Verteilnetz durch eine Mautgebühr für den Wettbewerb geöffnet werden.

So können nun private oder wie private funktionierende (die AXPO als grösster Schweizer Energiekonzern ist z.B. im Besitz der Kantone, wirtschaftet aber wie ein privatwirtschaftlich geführter Betrieb) Betreiber:innen die bestehenden Übertragungsnetze nutzen und sich gleichzeitig die hohen Investitionen für die Stromübertragung sparen. Die von öffentlichen Konzernen mit Steuergeldern errichtete Infrastruktur (Stromleitungen, Kraftwerke, Transformatoren) wird ohne eigene Investitionen und Instandhaltungskosten genutzt, um sich ausschliesslich um den lukrativen Handel mit Strom zu kümmern. Dieses Modell wurde von Thatcher beworben, indem der damalige Strompreis als Obergrenze festgelegt wurde. Der freie Markt könne also die Preise nur senken, nicht erhöhen. Ausserdem wurde die Bevölkerung mit Anteilen an den privatisierten Energieunternehmen besänftigt, welche bald danach von denselben Oligarchen aufgekauft wurden, die auch die Energieunternehmen gekauft hatten.

Als Nächstes kam dann das Argument, dass so eine Obergrenze ja nicht einfach von Politiker:innen festgelegt werden könne, das müsse auch der Markt regeln. Ein echter Markt für Strom ist aber aufgrund der Infrastruktur nicht möglich, da es für eine echte Wahl des Konsumenten von jedem Anbieter eine eigene Leitung bräuchte.

Stattdessen wurde ein Markt simuliert, in dem das Elektrizitätssystem in 3 Teile geteilt wurde:

- 1.** Produktion: Jede Produktionsanlage wird zu einem eigenen Unternehmen oder Teil eines Unternehmens und tritt dann in Wettbewerb mit anderen Produktionsunternehmen, um einen Grosshandelspreis zu bieten.
- 2.** Betrieb: Netzwerk, worüber der Strom transportiert wird. Die Netzbetreiber kaufen den Strom von den Produzenten zu den

Grosshandelspreisen.

3. Anbieter: Energieanbieter, die den Strom von den Netzbetreibern kaufen und an die Endkunden verkaufen.

### Strom-Auktionen

An Strombörsen bieten die Produzenten per Auktion Strom an. Im Gegensatz zu traditionellen Auktionen «gewinnt» aber der Anbieter mit dem höchsten Preis; und dieser Preis gilt dann für alle anderen Anbieter auch. Begründung dafür ist das sogenannte «Marginal Cost Pricing» (Grenzkostenpreis: ein Produkt kostet so viel, wie es kosten würde, eine zusätzliche Einheit zu produzieren, mit Material- und Arbeitskosten). In Bezug auf den Strommarkt bedeutet das, dass die Kilowattstunde (kWh) so viel kostet, wie die Grenzkosten der teuersten Produktionsmethode, die für die Deckung des Gesamtbedarfs des Marktes benötigt wird. Das bedeutet, dass eine kWh, die mittels Solarpanels (welche Grenzkosten nahe Null haben – wenn das Panel mal arbeitet, fallen für die Energie der Sonne keine Kosten an) erzeugt wird, gleich teuer ist wie eine, die mit Gas (dessen Beschaffungspreis aufgrund des Ukrainekrieges in die Höhe schiesst) produziert wird. Im Gegensatz zur Schweiz stehen zwar in Europa viele Gaskraftwerke für kurzfristige Stromerzeugung (z.B. von Regelstrom

## « An Strombörsen bieten die Produzenten per Auktion Strom an. Im Gegensatz zu traditionellen Auktionen «gewinnt» aber der Anbieter mit dem höchsten Preis; und dieser Preis gilt dann für alle anderen Anbieter auch.

bei Schwankungen im Netz), mit diesem System spielt der konkrete Anteil für den Preis aber gar keine grosse Rolle.

Seit der Inkraftsetzung dieses Systems hat sich der Profit, also der Unterschied zwischen tatsächlichen Produktionskosten und dem Verkaufspreis für den Strom, verdreifacht. Wenn die Produktion teurer wird, z.B. wegen Gasknappheit aufgrund des Ukrainekrieges, erklärt dies steigende Preise, aber nicht steigende Profite. Wie die geneigte Leserschaft sicherlich festgestellt hat, ist selbst die hier geschilderte, stark vereinfachte Erläuterung des Systems ziemlich kompliziert. Dies liegt nicht an der Natur der Sache, so wie z.B. die Konstruktion einer Rakete oder die Regulierung der Stromspannung kompliziert ist. Das System ist gewollt verkompliziert, damit die scham-

lose Profitmaximierung nicht so offensichtlich wird. Ein so komplexes System kann dann auch in den gut zugänglichen Medien nicht innerhalb der Zeit, die man zum Sprechen bekommt, erklärt werden.

Das Argument für Liberalisierung ist immer, dass grösserer Wettbewerb die Effizienz eines Systems erhöhe. Das Hauptziel im Kapitalismus ist aber Profitmaximierung: Wenn die Profite anderweitig gesteigert werden können, ist Effizienz nicht nur sekundär, sondern wird je nachdem ob man damit noch mehr Profit machen kann, sogar aktiv gemindert. Konkretes Beispiel dafür: Grossbritannien, wo alles seinen Anfang nahm, könnte mit Wind-, Nuklear- und Gaskraft (Nordsee) genug Energie produzieren, um sich selbst zu versorgen. Grossbritannien wäre also gar nicht zwingend vom europäischen Strommarkt abhängig. Trotzdem leidet die britische Bevölkerung momentan unter extrem gestiegenen Kosten.

### Lösungsvorschlag aus Griechenland wird kastriert

In Griechenland wurde von MeRA25 vorgeschlagen, dass die Kosten vom Staat festgelegt werden sollen nach dem Muster: Durchschnittliche Produktionskosten + 5%. Damit würden die Produzenten immer noch etwas Gewinn machen, in Griechenland hätte das aber eine Strompreisreduktion von satten 50% ausgemacht. Ohne, dass dies den Staat irgend etwas gekostet hätte.

Tatsächlich führte die griechische Regierung solche Preise ein, sehr zum Erstaunen von MeRA25. Bis sie in einer Fussnote des Gesetzes lesen mussten, dass die Strom-Auktionen weitergehen. Aber wofür? Die Preise sind ja staatlich vorbestimmt. Wie sich herausstellte, werden die reduzierten Kosten nicht an den Konsumenten, sondern an die Anbieter weitergegeben, die in der Regel denselben Firmen wie auch die Produzenten gehören. Tatsächlich wird also nichts geändert. Dieses System soll nun auf Anregung der EU-Kommission auch in der restlichen EU eingeführt werden. Um die Konsumenten zu «unterstützen», werden stattdessen die Staatsschulden erhöht, um damit einen Teil des überhöhten Preises zu bezahlen. Alles, damit die Profite der Unternehmen nicht sinken. Ob

die Bevölkerung ihren Strom noch bezahlen kann, ist offensichtlich sekundär.

### Drohender Bankrott trotz riesigen Profiten

Viele Energiefirmen stehen in Europa trotz überhöhten Preisen und riesigen Profiten aus dem Stromverkauf vor dem drohenden Bankrott, so z.B. in Deutschland. Deutschland hat seine Abhängigkeit von russischem Gas in der Vergangenheit systematisch ausgebaut, so dass zuletzt 70% des in Deutschland benutzten Gas aus Russland kam. Firmen, die vom billigen russischen Gas profitierten, sind jetzt von den Preissteigerungen massiv betroffen.

Da Deutschland aktuell eine Schuldenbremse hat, die der Finanzminister nicht aufheben will, ist die direkte Unterstützung mit öffentlichen Geldern keine Option. Die Firmen sollen aber trotzdem unterstützt werden, also sollen die Konsumenten zusätzlich zum ohnehin schon völlig übersteuerten Gas eine Gebühr bezahlen, die dann zur Unterstützung der betroffenen Firmen verwendet werden soll.

Energiefirmen stehen ausserdem deshalb vor einem möglichen Bankrott, weil sie sich gegen fallende Preise versichert haben. Wenn die Preise – wie aktuell – stattdessen steigen, werden die Versicherungsgebühren überproportional teurer, da mehr Gewinn versichert wird. Die Versicherungsverträge laufen über mehrere Jahre und können nicht einfach gekündigt werden.

Paradoxerweise droht diesen Firmen also der Bank-

rott, weil sie zu hohe Profite machen. Wenn diese Firmen vom Staat gerettet werden, bedeutet das, dass der Staat neue Schulden aufnimmt, um Versicherungsgebühren für private Gewinne zu bezahlen.

### Drohender Bankrott trotz riesigen Profiten

Viele Energiefirmen stehen in Europa trotz überhöhten Preisen und riesigen Profiten aus dem Stromverkauf vor dem drohenden Bankrott, so z.B. in Deutschland. Deutschland hat seine Abhängigkeit von russischem Gas in der Vergangenheit systematisch ausgebaut, so dass zuletzt 70% des in Deutschland benutzten Gas aus Russland kam. Firmen, die vom billigen russischen Gas profitierten,

## « Wenn die Produktion teurer wird, z.B. wegen Gasknappheit aufgrund des Ukrainekrieges, erklärt dies steigende Preise, aber nicht steigende Profite.

sind jetzt von den Preissteigerungen massiv betroffen. Da Deutschland aktuell eine Schuldenbremse hat, die der Finanzminister nicht aufheben will, ist die direkte Unterstützung mit öffentlichen Geldern keine Option. Die Firmen sollen aber trotzdem unterstützt werden, also sollen die Konsumenten zusätzlich zum ohnehin schon völlig übersteuerten Gas eine Gebühr bezahlen, die dann zur Unterstützung der betroffenen Firmen verwendet werden soll.

Energiefirmen stehen ausserdem deshalb vor einem möglichen Bankrott, weil sie sich gegen fallende Preise versichert haben. Wenn die Preise – wie aktuell – stattdessen steigen, werden die Versicherungsgebühren überproportional teurer, da mehr Gewinn versichert wird. Die Versicherungsverträge laufen über mehrere Jahre und können nicht einfach gekündigt werden. Paradoxerweise droht diesen Firmen also der Bankrott, weil sie zu hohe Profite machen. Wenn diese Firmen vom Staat gerettet werden, bedeutet das, dass der Staat neue Schulden aufnimmt, um Versicherungsgebühren für private Gewinne zu bezahlen.

### Strom wieder zurück in öffentlichen Besitz

Die aktuellen Probleme lassen sich grösstenteils auf die Liberalisierung des Stromnetzes und die Schaffung des Strommarktes zurückführen. Dies muss dringend rückgängig gemacht werden. Spätestens wenn Firmen mit Steuergeldern gerettet werden, sollten sie danach konsequent in öffentlichen Besitz übergehen. Wichtig dabei ist: öffentlicher Besitz ist nicht gleich staatlicher Besitz, die Energieproduktion sollte bedarfs- statt profitorientiert und nach ökologischen Kriterien funktionieren.

Dies ermöglicht auch, die dringend nötige Umstellung weg von fossilen Energieträgern zu forcieren, die im freien Markt überhaupt nicht funktioniert. Weltweit gab es 2021 ca. 700 Mia. Dollar Steuergeschenke an die Industrie für fossile Energien, fast doppelt so viel wie noch im Jahr 2020. Fossile Energieträger werden also nach wie vor aktiv gefördert.

Wichtig ist aber auch, dass akut etwas gemacht wird, damit die dringendste Not der Bevölkerung gelindert wird. Das könnte beispielsweise die Umsetzung des Vorschlags von MeRA25 sein, im Bewusstsein dessen, dass dies nur ein Notpflaster für die Zeit bis zur echten Lösung ist.

# Schweizer Pensionskassen- kapitalismus abschaffen!

Die 2. Säule erweist sich immer mehr als eine Fehlkonstruktion. Seit Jahren sinken die BVG-Renten, vor allem Frauen werden in diesem Altersvorsorgesystem benachteiligt. Mit ihren Anlagestrategien tragen die Schweizer Pensionskassen darüber hinaus zu einem Raubbau an Mensch und Natur bei. Es wird Zeit für einen grundlegenden Systemwechsel: Es braucht einen Ausbau der AHV zur Volkspension.

von Eva L. Blum (BFS Zürich)

Die durch die Arbeiter:innenbewegung erkämpften sozialen Errungenschaften und die Einrichtungen des «Sozialstaats» haben zur Stabilisierung kapitalistischer Gesellschaften beigetragen. Die Sozial- und Krankenversicherung sowie die Altersvorsorge federn individuelle und gesellschaftliche Notlagen vor allem in Krisenzeiten ab und tragen dazu bei, dass kranke, alte und arbeitslose Menschen nicht unmittelbar (!) verarmen. Gleichzeitig trägt die Einrichtung dieser Sicherungssysteme dazu bei, dass die ausbeuterische Lohnarbeit als Mittel zur Existenzsicherung anerkannt wird. Darum haben auch die Unternehmen ein Interesse an einem Mindestmass an sozialer Sicherheit. Die Finanzierung der sozialen Infrastruktur erfolgt über Abgaben auf Löhne. Diese gelten für die Unternehmen als «Lohnnebenkosten». Unter dem Druck der Konkurrenz und um ihre Gewinne zu erhöhen, wollen (und müssen) die Unternehmer:innen die Löhne und damit auch die «Lohnnebenkosten» senken beziehungsweise niedrig halten. Wie umfangreich die «soziale Infrastruktur» ist, wie sie organisiert ist, wer welchen Zugang zu ihr hat und wer sie bezahlt, ist also eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Umfang und Qualität der sozialen Infrastruktur sind darum auch permanenter Gegenstand des Klassenkampfes. Gleichzeitig beeinflusst die Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur auch den gesellschaftlichen «Stoffwechsel» mit der Natur. Die private Altersvorsorge in der Schweiz (2. Säule) ist hierfür ein anschauliches Beispiel.

Das Kapitaldeckungsprinzip ist eine Fehlkonstruktion

Die 2. Säule erweist sich 50 Jahre nach der historischen «Volkspension» oder «drei-Säulen»-Abstimmung von 1972 und vierzig Jahre nach der Annahme des BVG-Gesetzes von 1982 als eine Fehlkonstruktion. Mit dem Kapitaldeckungsprinzip wurden die Arbeitnehmer:innen in der Schweiz zwangsweise von den Geschäften der internationalen Finanzmärkte abhängig gemacht.<sup>1</sup> Die Immobilienkrisen der 1990er-Jahre, die Spekulationskrisen von 2001 und 2008 und die Negativzinsen der Nationalbank haben die Renditen der Kassen immer wieder gedrückt. Seit Jahren sinken die BVG-Renten. Zudem wurde der Gender Gap in der 2. Säule noch immer nicht behoben.

Darüber hinaus werden Lohnabhängige in diesem System systematisch gegeneinander ausgespielt. Lohnabhängige, die in einen Fonds einbezahlt haben, erhalten ein unmittelbares Interesse an der Ausbeutung anderer Lohnabhängiger. Die Lohnabhängigen spalten ihr Interesse also in das der Aktionär:in, die eine gute Rente will, und in das des Lohnabhängigen, der einen guten

1 Das Kapitaldeckungsprinzip funktioniert im Prinzip wie ein Sparkonto: das einbezahlte Geld wird am Kapitalmarkt angelegt. Gibt es dort wenig lukrative Anlagemöglichkeiten, bleibt die Rendite gering. Die AHV funktioniert im Gegensatz dazu nach dem Umlageverfahren: die einbezahlten Gelder werden direkt an aktuelle Bezüger ausbezahlt

Lohn, gute Arbeitsbedingungen und eine sinnvolle Arbeit möchte. Doch diese Ziele schliessen einander unter den Bedingungen der privaten Profitmaximierung und der Konkurrenz aus.

Auch 2022 war kein gutes Jahr für die Pensionskassen. Der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise und die hohe Inflation belasten die berufliche Vorsorge. Sie beeinflussen die Rendite und damit die Verzinsung der Alterssparguthaben. Aufgrund der hohen Inflation werden die Versicherten gleich doppelt bestraft. Denn neben dem tieferen Kapitalertrag auf ihrem Sparguthaben schlägt auch die hohe Teuerung negativ zu Buche; die Guthaben in den Pensionskassen verlieren real an Wert.<sup>2</sup>

So dürftig die Renten für viele Arbeitnehmer:innen ausfallen; das Anlagevolumen der 2. Säule beläuft sich inzwischen auf 1,2 Billionen Franken. Vom Geschäft mit den Pensionskassen profitieren die Betreiber von Sammelstiftungen, Asset Manager, Immobiliengesellschaften, Lebens- und Rückversicherer. Dazu kommt eine Horde von Vermittler:innen, Expert:innen und Anlagespezialist:innen. Jeder siebte Rentenfranken versickert Jahr für Jahr in der Vermögens- und Kassenverwaltung.

### Auch global ein gescheitertes System

Die Zeiten, als die Weltbank die Privatisierung der Altersvorsorge forcierte und die Schweiz als Musterknaben in dieser Disziplin preisen konnte, scheinen endgültig vorbei zu sein. Der Internationale Währungsfonds IMF setzte dieses neoliberale Modell ab den 1980er Jahren in vielen Schwellenländern durch, zuerst in Chile unter dem Diktator Augusto Pinochet, der durch einen CIA-unterstützten Coup gegen den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende an die Macht kam.<sup>3</sup>

- 2 In nur neun Monaten (von Januar bis September 2022) haben die Kassen ein Minus von 15% verzeichnet. Unter Druck sind alle Anlageformate, also nicht nur Aktien, sondern auch Obligationen (z. B. Staatsanleihen).
- 3 Die «Chicago Boys» (Schüler von Milton Friedman) nutzten Chile unter Pinochet in den 1980er-Jahren als Experimenten-

## Schweizer Pensionskassen

In der Schweiz sind über 1,5 Millionen Pensionskassen für die berufliche Vorsorge (2. Säule) zuständig. Ende 2020 waren rund 4.4 Mio. Personen obligatorisch bei einer Pensionskasse versichert. Die Arbeitgeber, die entscheiden, in welche Kasse das Geld fliesst, zahlen die Sparbeiträge der Lohnabhängigen direkt monatlich an die Vorsorgeeinrichtung. Ende 2021 betrug der Gesamtwert der Vermögensanlagen der Schweizer Pensionskassen mindestens CHF 700 Milliarden, rund 60 Prozent davon waren im Aktien- und Anleihenmarkt investiert. Das sind über CHF 700 Milliarden.

Aus der Perspektive der Arbeitnehmer:innen ist allerdings klar, dass diese Privatisierungsmodelle überall gescheitert sind. Sie haben zu einer Rentenkrise und Staatsverschuldung in vielen Ländern Lateinamerikas und Osteuropas geführt. Besonders betroffen sind Argentinien und Chile. Um die Vorschläge der Weltbank ist es inzwischen still geworden. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO veröffentlichte 2019 einen Bericht, in dem sie eine Rücknahme der privatisierten Altersvorsorge fordert («Reversing Pension Privatizations»).

In der Schweiz wurde das Kapitaldeckungsprinzip der 2. Säule in den 1970er-Jahren mit dem Versprechen eingeführt, mit dem Geld könnten Wohnungen gebaut und Infrastrukturvorhaben finanziert werden. Das war noch vor der Wende zum finanzierten Kapitalismus. Im finanzierten Kapitalismus<sup>4</sup> mangelt es nicht an Kapital; im Gegenteil. Rar sind profitable Anlagemöglichkeiten.

---

tierfeld für ihre Privatisierungspläne. In den 1990er-Jahren wurde der «Washington Consensus» zum weltweiten Standard für Austeritätsprogramme der verschuldeten Länder und die Privatisierung der Altersvorsorge nach dem Modell der Weltbank eine Bedingung für den Zugang zu den Krediten des Internationalen Währungsfonds. Der Bericht «Averting the Old Age Crisis» der Weltbank empfahl 1994 weltweit ein Dreisäulenmodell nach Schweizer Vorbild.

- 4 Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs Finanzierung. Allgemein ist damit die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals und der Finanzmärkte für alle Wirtschaftsbereichen gemeint.

### Rentenabbau auf Kosten der Frauen

Die am 25. September knapp angenommene Vorlage zur «AHV 21» ist eine reine Abbauvorlage – diesmal ausschliesslich auf Kosten der Frauen. Allein in den kommenden 10 Jahren sollen die Frauenrenten um 7 Milliarden gekürzt werden. Denn die nun beschlossene Erhöhung des Rentenalters ist nichts anderes als eine Rentenkürzung. Gemessen am Medianeinkommen (die Hälfte verdient mehr, die Hälfte weniger), macht das pro Frau 26 000 Franken aus. Oder anders gesagt: die Erhöhung des Rentenalters um ein Jahr entspricht einer lebenslangen Rentensenkung um 5,6 Prozent. Dabei sind die Renten der Frauen bereits heute um ein Drittel kleiner als jene der Männer. Der grösste Teil der Rentenlücke entsteht bei den Pensionskassen. Dort sind Frauenrenten 63 Prozent tiefer als Männerrenten. In der AHV ist die Rentenlücke kleiner, auch weil ein Teil der unbezahlten Betreuungsarbeiten, die Frauen in viel grösserem Mass leisten als Männer, zur Rentenbildung beiträgt. Darum ist die AHV gerade für Frauen zentral zur Alterssicherung. Von den heute erwerbstätigen Frauen sind 23 Prozent ausschliesslich in der AHV fürs Alter versichert.

Der Anlagenotstand in der 2. Säule betrifft nun nicht nur die Schweizer Lohnabhängigen; er hat auch gravierende Auswirkungen auf das Klima, die Ernährungssouveränität, Umwelt und Biodiversität im Globalen Süden.

### Der Schweizer Pensionskassenkapitalismus befördert die Abholzung tropischer Wälder

Weltweit fluten die schnell wachsenden Assets der Pensionskassen aus dem Globalen Norden die internationalen Finanzmärkte. Heute verwalten die Pensionsfonds der Welt ein Vermögen von schätzungsweise 52 Billionen US-Dollar. Die Schweiz gehört neben den USA, Grossbritannien, Japan, Australien, den Niederlanden und Kanada zu den sieben grössten Kapitalgebern.

Da es wenig lukrative Anlagemöglichkeiten auf den globalen Finanzmärkten gibt, fliesst ein zunehmender Anteil der Pensionsfondsgelder in Bereiche wie Land- und Forstwirtschaft, Private Equity, Immobilien, und andere **so genannte** alternative Anlagen. Darüber hinaus sind Anlagen in «grünen» Sektoren ein zunehmend attraktives Angebot für Pensionsfondsmanager, die unter Druck stehen, etwas gegen die Klimakrise zu unternehmen. Die Finanzakteure, die entsprechende Deals verkaufen, bewerben diese bewusst als «nachhaltige» und «sozial verantwortliche» Investition. Sie vermarkten Geschäfte dieser Art zum Beispiel auch wegen ihres Potenzials, Kohlenstoff-Kompensationen zu generieren. Und die Propaganda funktioniert, trotz der offensichtlich gegenteiligen Effekte.

Ein aktueller Bericht von Greenpeace («Die Pensionskassen, die Abholzung und die Klimakrise» (August 2022)) geht davon aus, dass Schweizer Pensionskassen 2021 mit mindestens 60 Milliarden Franken an Unternehmen beteiligt waren, die in hohem Masse für die Abholzung tropischer Wälder verantwortlich sind. In Südamerika und Australien werden Wälder oft für die Rinderzucht gerodet oder abgebrannt. Auf den Weideflächen werden später Soja für Tierfutter oder Agrotreibstoffe angebaut; Bewirtschaftungsformen, die sich als «grüne» Anlage vermarkten lassen. In Asien ist der Haupttreiber der Waldzerstörung die industrielle Palmölproduktion. Andere Wälder werden für die Papierproduktion gerodet. Auch Kakao- und Kaffeeanbau, der Bedarf nach Kautschuk sowie der Bergbau<sup>5</sup> setzen die Wälder unter Druck. Werden Waldflächen gerodet oder abgebrannt, werden oftmals auch Kleinbäuer:innen und Indigene von ihrem Land vertrieben und verlieren ihre Lebensgrundlage. Auch die Biodiversität leidet, Tier- und Pflanzenarten verschwinden unwiederbringlich.

Die in diese Sektoren investierte Summe entspricht,

- 
- 5 Zum Beispiel der Abbau seltener Erden, die für den Umbau des Verkehr- und Energiesystems benötigt werden.

laut Greenpeace, mindestens 5% der Schweizer Vorsorgegelder. Für eine durchschnittlich versicherte Lohnarbeitende bedeutet das, dass ihre Pensionskasse bis zum Renteneintritt rund CHF 40 000 des ersparten Kapitals in Unternehmen investiert hat, die durch ihre Geschäfte zur Zerstörung tropischer Wälder beitragen. Die Resultate im Bericht sind mit «mindestens» versehen, weil, davon auszugehen sei, dass die Schweizer Pensionskassen noch mit weit höheren Beträgen in Unternehmen involviert seien, die die Zerstörung tropischer Wälder vorantreiben. Denn aller Voraussicht nach seien weitere Milliarden einerseits in Anleihen der gleichen Unternehmen angelegt, andererseits in Staatsanleihen von Ländern, welche durch eine mangelhafte Gesetzgebung oder fehlende Kontrollen der Abholzung ihrer tropischen Wälder Vorschub leisten.<sup>6</sup>

Mit Geschäften wie diesen verschärfen und beschleunigen die Schweizer Pensionskassen die Klimakrise. Beispiel Amazonas: Erst in diesem Jahr ist eine neue Studie erschienen, die davon ausgeht, dass der Amazonas, der seit Jahren an Fläche verliert,<sup>7</sup> bald einen Kippunkt erreicht haben könnte. Werde die weitere Abholzung nicht gestoppt, so die Wissenschaftler:innen, könnten sich Teile des Waldes nicht mehr auf natürliche Weise regenerieren; sie würden sich in eine Savanne verwandeln. Aus dem Amazonas als wichtige Kohlenstoffsenke könnte auf diese Weise eine gigantische Kohlenstoffquelle werden. Diese Veränderungen hätten nicht nur gravierende Auswirkungen auf das Klima (z. B. Niederschläge, Trockenperioden) in Zentral- und Südamerika, sondern auch global.

### Fazit: Zurück zum Umlageverfahren!

Durch die Funktionsweise der 2. und 3. Säule (Kapitaldeckungsverfahren) sind grosse Teile der Schweizer Bevölkerung über ihre Altersvorsorge an die Interessen und die Logik der Finanzmärkte gebunden. Zur Erfüllung ihrer Rentenversprechen müssen die Pensionskassen risikoreiche Investitionen vornehmen, weil andere Anlagen kaum mehr die notwendigen Renditen abwerfen. Dadurch investieren die Kassen auch in Bereiche, die für die Zerstörung und den Raubbau an der Natur, für die Beschleunigung der Klimakatastrophe und zudem für steigende Mieten verantwortlich sind. Die Lösung dieses

6 Die Daten, die Greenpeace nun veröffentlicht hat, sind über komplizierte Hochrechnungen und Schätzungen entstanden. In welche Branchen und Unternehmen die Pensionskassen ihr Geld investieren, bleibt weitgehend unklar; die Kassen sind nicht zur Transparenz verpflichtet.

7 In den 1970er Jahren umfasste der Amazonas noch ein Gebiet von mehr als sechs Millionen Quadratkilometern. Durch Abholzung ist der Wald nun bereits um mindestens 15 Prozent geschrumpft. In Brasilien, das mehr als die Hälfte des Waldes umfasst, sind mehr als 19 Prozent verschwunden.

## « Durch die Funktionsweise der 2. und 3. Säule sind grosse Teile der Schweizer Bevölkerung über ihre Altersvorsorge an die Interessen und die Logik der Finanzmärkte gebunden.

Problems besteht nicht in Nachhaltigkeits-Labels und «grünen» Anlagen, denn die kapitalistische Logik basiert grundsätzlich auf der Ausbeutung von Mensch und Natur.<sup>8</sup>

Die AHV kann dank des Umlageverfahrens<sup>9</sup> mit einem viel kleineren Ausgleichsfonds funktionieren. Ihre Verwaltung ist viel günstiger. Sie setzt die Schweizer Bevölkerung viel weniger den Risiken der volatilen Finanzmärkte und den Begehrlichkeiten des Finanzsektors aus und beteiligt sich nicht an Land-Grabbing und der Vertreibung von Kleinbäuer:innen im Globalen Süden. Ein Ausbau der AHV zur Volkspension würde – so lange es noch das System der Lohnarbeit gibt – die sicherste Finanzierungsgrundlage bieten, um dem Bedürfnis nach einem würdigen Lebensabend für alle Mitglieder der Gesellschaft nachzukommen. Vor allem Frauen würden von diesem «Zurück» zur AHV (als alleiniger «Säule») profitieren. Und niemand müsste fürchten, dass ihre/seine zukünftigen Rentenansprüche für die Abholzung tropischer Regenwälder benützt werden.

8 Darüber hinaus sind die meisten der «grünen» Anlagen nichts anderes als «Greenwashing».

9 Die AHV wird nach dem Umlageverfahren finanziert: Die wirtschaftlich aktive Generation finanziert die Rentner:innen und Rentner. Die eingenommenen Beiträge werden unmittelbar zur Finanzierung der Leistungen verwendet, also «umgelegt». Es wird kein Geld angespart. Kurzfristige Einnahmenschwankungen gleicht der AHV-Ausgleichsfonds aus. Allerdings macht das Umlageverfahren die für Renten zur Verfügung stehende Finanzmasse abhängig von der Summe der im Land jeweils aktuell erarbeiteten und bezahlten Löhne; und damit zu einer sehr flexiblen Grösse. So teilen die Rentner:innen auch im Alter das Schicksal der lohnabhängigen Klasse, der sie während ihrer aktiven Jahre angehört haben. Ihre Versorgung ist in doppelter Weise an den Lohn geknüpft: Erstens an den Gesamtlohn, den die aktiven Teile des Versicherten-Kollektivs jeweils verdienen und 2.s an den individuellen Lohn, den der/die Versicherte während seines/ihrer Arbeitslebens verdient hat

# Die Linke in der Ukraine: Zwischen Krieg und neoliberalen Angriffen

Die Linke in der Ukraine kämpft nicht nur gegen die russische Invasion, sondern auch gegen die Versuche der Regierung Selenskis, soziale Errungenschaften abzubauen. Im Interview mit der Antikap erklärt Tasha Lomonosova, Aktivistin und Leitungsmitglied von Sotsialnyi Rukh, wie die Regierung versucht, das Arbeitsrecht zu liberalisieren, wie sich die Situation der Lohnabhängigen verschlechtert und welche Kämpfe die ukrainische Linke in dieser Situation führt.

von Ben Huber (BFS Basel)

*Antikap: Könntest du uns eine kurze Beschreibung geben, was der momentane Kriegsverlauf ist und wie die Situation der ukrainischen Bevölkerung ist?*

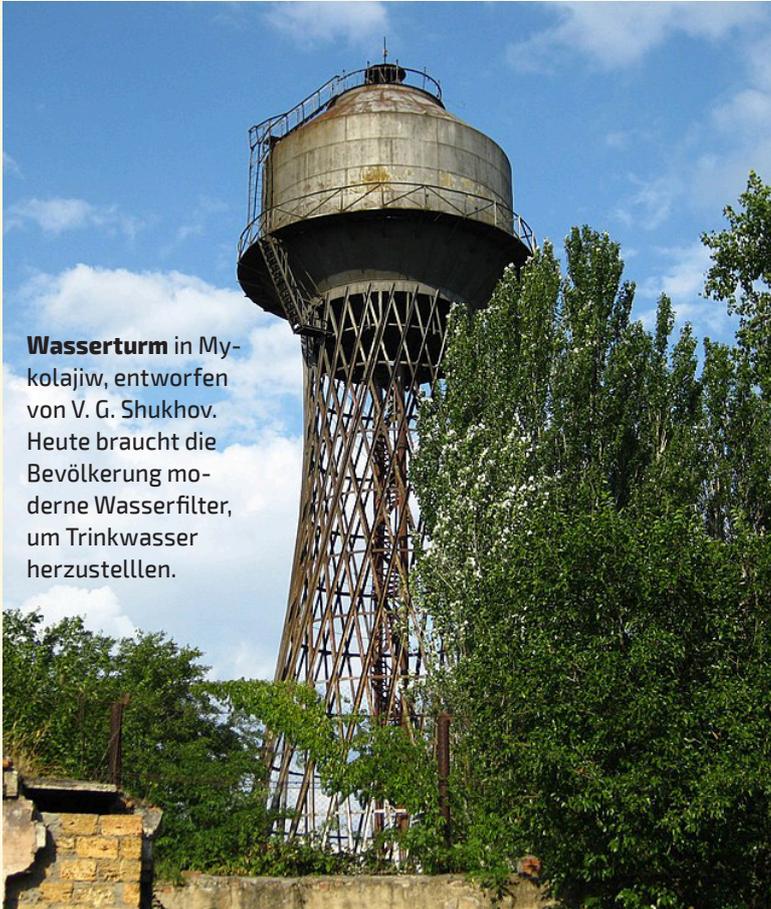
Die ukrainische Offensive versucht, die in den letzten Kriegsmonaten besetzten Gebiete zurückzuerobern, was im Osten, Nordosten und Süden geschieht. Es gibt vergleichsweise viele Dörfer, die von der russischen Armee geräumt wurden. Wir erfahren mehr über Kriegsverbrechen in diesen Gebieten, über Menschen, die verfolgt, gefoltert und getötet wurden, weil sie sich in irgendeiner Weise der Besatzungsregierung oder der Armee selbst widersetzen. Und im Süden, vor allem in der Oblast [Gebiet] Cherson, sehen wir grosse Versuche der Besatzungsmacht, Menschen gewaltsam in russische Gebiete zu vertreiben.

In den russischen Medien ist zu lesen, dass sie dies tun, weil die Ukraine das von der russischen Armee verminte

Wasserkraftwerk Kachowka sprengen will. Zumindest ist dies die offizielle Erklärung des Präsidenten, die gestern [20.10.2022] veröffentlicht wurde. Es besteht die grosse Befürchtung, dass die russische Armee den Damm selber sprengen und dann behaupten wird, die ukrainische Armee habe es getan. Wenn das passiert, werden mehr als sechzig ukrainische Städte unter Wasser stehen, einschliesslich Cherson, die wichtigste Stadt in der Region.

Seit der Zerstörung der Krim-Brücke laufen massive Angriffe der russischen Armee auf die ukrainische Infrastruktur. In der letzten Woche war die offizielle Erklärung unserer Regierung, dass 30 % unserer Energieinfrastruktur zerstört sind. Sie zerstören sie jeden Tag weiter. In vielen Städten gibt es grosse Probleme mit der Stromversorgung, auch in Krankenhäusern und im öffentlichen Verkehr, nicht nur in Privathäusern.

Diese Zwangsumsiedlung der Menschen ist eine Tak-



**Wasserturm** in Mykolajiw, entworfen von V. G. Shukhov. Heute braucht die Bevölkerung moderne Wasserfilter, um Trinkwasser herzustellen.

« Ich denke, dass wir den Krieg gewinnen werden, aber die sozialen Folgen sind unermesslich.



Löscharbeiten im Heizkraftwerk Charkiw TEC-5.

Die russische Armee seit Beginn des Krieges anwendet. Das Grausamste, was sie tun, ist die Deportation von Kindern aus den besetzten Gebieten. Und jetzt sehen wir diese riesige Zahl von Menschen, etwa 60.000 nach offiziellen Schätzungen der ukrainischen Seite, die aus der Region Cherson vertrieben werden könnten. Im Hintergrund laufen die ständigen Raketenangriffe auf ukrainische Städte und Wohngebiete weiter. Vor ein paar Tagen wurde zum Beispiel ein Haus in Kiew in der Nähe von meinem Wohnort von einer Drohne zerstört. Es ist einfach superbrutal. Die Drohnen sind für das Luftsicherheitssystem schwieriger zu erkennen. Sie hören sich zudem an wie ein Auto oder ein Motorrad - das macht es psychologisch noch schwieriger, denn du weißt nie, was dich erwartet. Wir können offensichtlich sehen, dass sie Wohngebiete angreifen wollen, keine militärischen Ziele. Sie tun das, ohne etwas zu verstecken.

Um das etwas zusammenzufassen: Natürlich ist die gesamte Bevölkerung stark vom Krieg betroffen, da es sich jetzt um einen ausgewachsenen Krieg handelt. Und natürlich sind die Menschen, die vor dem Krieg stärker gefährdet waren (wie ältere Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen, informell Beschäftigte) noch stärker betroffen. In der Ukraine sehen wir jetzt, dass die Menschen aufgrund des Krieges an der Schnittstelle zwischen mehreren Verwundbarkeiten stehen: Die Menschen sind vertrieben, arbeitslos und der Winter steht vor der Tür. Die Arbeitslosigkeit ist wirklich enorm, die offiziellen Zahlen sprechen von 35%, die Realität ist aber schlimmer. Im Grunde genommen ist fast ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung entweder innerhalb des Landes oder in den europäischen Nachbarländern auf der Flucht. Und natürlich ist der Verlust an Wohnraum, Infrastruktur und sozialer Infrastruktur gewaltig. Vor allem im südlichen Teil der Ukraine, im Osten und im Nordosten, aber nicht nur dort.

*Antikap: Das Putin-Regime führt einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine, indem es die Infrastruktur und die Energieinfrastruktur angreift. Kannst du uns erklären, was innenpolitisch geschieht?*

Wie gesagt, es gibt viele Risiken, mit denen die Bevölkerung irgendwie fertig werden muss. Es gibt staatliche Unterstützung, aber leider würde ich nicht sagen, dass diese ausreichend ist. Schauen wir

## « Was wir mit dieser Kampagne gegen Schulden zu zeigen versuchen, ist, dass die «Hilfe», die wir bekommen, eigentlich keine ist. Es ist ein an Bedingungen geknüpfter Kredit und die Bevölkerung muss ihn bezahlen.

uns die Leistungen an, die Binnenvertriebene erhalten. Das sind etwa 80 bis 140 Euro im Monat pro Familie. Oder die Situation von Arbeitslosen. Wer innert 30 Tagen keine Stelle findet, kann zu gemeinnütziger Arbeit zum Mindestlohn verpflichtet werden. Wer sich weigert, verliert den Arbeitslosenstatus und damit die staatliche finanzielle Unterstützung.

Im Grunde genommen sehen wir, dass der Staat versucht, die Höhe der Ausgaben zu reduzieren und auch die Zahl der Menschen zu verringern, die diese Mittel beantragen können.

Und gleichzeitig sehen wir, dass der Staat versucht, den Unternehmen zu helfen, indem er die Steuern senkt und Deregulierungsmassnahmen einführt. Es ist also ein Missverhältnis zwischen der Unterstützung der Unternehmen und jener der Arbeiter:innen. Das Gleiche können wir an den Änderungen im Arbeitsrecht seit Beginn des Krieges sehen. Im März wurde ein Gesetz, das die Arbeitsverhältnisse während des Kriegsrechts reguliert, eingeführt. Es erlaubt den Unternehmern, Arbeitsverträge einzufrieren oder auszusetzen, so dass die Arbeiter:innen zwar noch beschäftigt werden, aber ohne Lohn. Ausserdem beschneidet es die gewerkschaftlichen Rechte. Eine weitere Deregulierung während der Kriegszeit betrifft die Beschäftigten von KMUs. Ihre Arbeitsverhältnisse werden neu mit einem individuellen Vertrag geregelt und nicht unter dem allgemeinen Arbeitsgesetzbuch. In diesem neuen Gesetz wird alles zu einer Frage individueller Verträge. Eine massive Verschlechterung also, ein Schlag ins Gesicht der ukrainischen Arbeiter:innenklasse.

Einige Änderungen werden auch nach dem Krieg gelten. Zum Beispiel wurde im Juli ein Gesetz über atypische Beschäftigungsformen eingeführt. Es handelte sich um eine Verordnung über eine Art Null-Stunden-Verträge. Mit solchen Verträgen verlieren die Arbeitnehmer:innen die Garantie eines stabilen Einkommens. Ich fürchte, dass die Unternehmer die «normalen» Arbeitsverträge für loyale Arbeiter:innen behalten könnten, und Null-Stunden-Verträge für «illoyale».

Es ist also so, dass die schwächere Seite im Arbeits-

konflikt gerade in dieser schwierigen Zeit noch mehr geschwächt werden soll. Die Verhandlungsmacht der Arbeitenden ist sehr gering. Und auch aufgrund der allgemeinen Situation, dass es viel Arbeitslosigkeit gibt und auch die Kaufkraft der Löhne und Gehälter sinkt, werden die Menschen irgendwie dazu gedrängt, alles zu akzeptieren. Umfragen zu den Auswirkungen des Krieges auf die Zivilbevölkerung zeigen, dass die grössten Ängste der Menschen auch stark von der wirtschaftlichen Situation herrühren nicht allein vom Krieg oder damit, getötet oder mobilisiert zu werden. In dieser Zeit, finde ich, sollte der Staat die Arbeiter:innen mehr unterstützen und das gesamte soziale Sicherheitsnetz stärken, anstatt es zu untergraben.

*Antikap: In der westlichen Linken hören wir viel über die Arbeit, die Solidaritätskollektive leisten. Wie sieht die Arbeit von euch als linker Organisation aus, abgesehen von humanitärer Hilfe?*

Danke für diese Frage. Für Sotsialniy Rukh war das Hauptgebiet vor dem Krieg die Verteidigung der Rechte von Arbeiter:innen. Wir haben versucht, bestehende Gewerkschaften zu organisieren und zu politisieren. Vor dem Krieg haben wir auch individuelle Beratungen für Arbeiter:innen durchgeführt – ein paar unserer Mitglieder sind Anwälte. Manche Fälle konnten wir vor Gericht gewinnen. Abgesehen von allem, was über die Korruption in ukrainischen Gerichten und in der Ukraine im Allgemeinen gesagt wird, ist es also möglich, sich zu organisieren und auf juristischem Weg Fälle zu gewinnen, das ist wichtig zu betonen. Seit Beginn des Krieges haben wir ein Projekt namens «Trudoborona» (Arbeitsverteidigung) und im Rahmen dieses Projekts führen wir zunächst diese Beratungen fort, denn als sich das Gesetz änderte, wurde vielen Leuten sehr schnell gekündigt, einigen per Messenger App. Sie wussten nicht, ob es legal war, was mit ihnen geschah. Also haben wir diese Beratungen durchgeführt und viele Broschüren über die Rechte während dem Kriegsrecht erstellt – über Arbeitsrechte und wie man sich immer noch schützen kann. Ich denke, das ist sehr hilfreich für die Menschen.

Im Übrigen versuchen wir auch eine öffentliche Online-Kampagne gegen diese Gesetzesänderungen zu führen. In Friedenszeiten kannst du auf die Strassen gehen und Proteste organisieren. So waren auch die vorherigen Versuche, das Arbeitsgesetz zu ändern, nicht erfolgreich. Die Menschen und die Gewerkschaften gingen auf die Strasse, wir waren ein Teil davon. Gegenwärtig müssen wir unsere Kritik aber in anderen Formen äussern.

Humanitäre Hilfe zu leisten, ist uns natürlich auch wichtig. Wir versuchen vor allem, unsere bestehenden Netzwerke zu nutzen, die wir in der Ukraine und im

Ausland haben, um die Mitglieder der Gewerkschaften, die mit uns verbunden sind, mit den Grundbedürfnissen zu versorgen. Wir unterstützen auch diejenigen Gewerkschafter:innen, die in den territorialen Verteidigungseinheiten oder der Armee dienen, mit Ausrüstung und Schutzmaterial.

Eine Arbeit ist es auch überhaupt zu verstehen, was gebraucht wird. In den ersten Monaten waren es hauptsächlich Lebensmittel oder Medikamente, dann waren es mehr taktische Sachen. Schliesslich hatten wir ein grosses Problem mit verschmutztem Wasser im Süden der Ukraine. Die Wasserversorgung für Mykolajiw wurde beispielsweise durch die russische Armee im Frühling beschädigt. Und da lokales Wasser zu salzig und nicht trinkbar ist, braucht es spezielle Filter. Unsere Aktivist:innen haben dann geeignete Wasserfilter gefunden, mit denen man dieses salzhaltige Wasser filtern und trinkbar machen kann. Wir konnten die dann dank finanzieller Hilfe von Genoss:innen aus Deutschland kaufen.

Ein weiteres Feld ist die Schuldenkampagne, die wir seit Beginn des Krieges gestartet haben. Die Hauptidee war, für die Notwendigkeit der Abschreibung der ukrainischen Schulden zu werben, weil wir nicht in der Lage sind, das geliehene Geld zurückzuzahlen. Bereits vor dem Krieg war es sehr schwierig und die Schulden der ukrainischen Wirtschaft sind seit 2014 noch deutlich gewachsen. Würde man die aktuellen Schulden bei internationalen Institutionen auf alle Einwohner:innen verteilen, käme das auf 65.000 Griwna pro Kopf, was mehr als 16.000 Euro sind – ein immenser Betrag. Wie soll das jemals zurückgezahlt werden? Was wir in dieser Kampagne zu zeigen versuchen, ist, dass diese «Hilfe», die wir bekommen, in vielen Fällen eigentlich keine ist. Es sind an Bedingungen geknüpfte Kredite. Und die Bevölkerung muss sie bezahlen, indem das Haushaltsbudget zusammengestrichen wird und soziale Errungenschaften abgebaut werden. Alle diese innenpolitischen Massnahmen hängen mit den Schulden zusammen. Diese Schulden sollen deshalb im Interesse der ukrainischen Bevölkerung restrukturiert werden.

**Antikap: Wenn wir davon ausgehen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt – was ist die Rolle der linken Bewegung im Prozess des Wiederaufbaus der Ukraine als souveränem Staat?**

Dass die Ukraine gewinnen wird, ist für mich eine Tatsache. Die grosse Frage ist, wie die politische Situation nach dem Krieg aussehen wird. Da sind die Dinge



Iranische Drohne des russischen Militärs.

sehr unvorhersehbar.

Es gibt diese klare neoliberale Stossrichtung, aber welche Kräfte werden schlussendlich an die Macht kommen? Diese Frage hängt auch mit der Frage der Waffen zusammen. Werden die Menschen ihre Waffen behalten? Und werden die Leute, die jetzt kämpfen, sei es in der Armee oder in der territorialen Verteidigung, ein gemeinsames Interesse erkennen, für ein politisches Projekt zu kämpfen? Welche politische Organisation wird diesen Gruppen eine Orientierung bieten können und deren Bedürfnisse kanalisieren? Eine weitere Frage ist, wie die jetzt besetzten Gebiete wieder in die Ukraine integriert werden.

Es ist natürlich auch eine grosse Frage, ob der politische Prozess in der Ukraine allgemein demokratisiert werden wird. Natürlich sind die Wahlen formal demokratisch, aber die Möglichkeiten, wirklich Politik zu machen, sind stark eingeschränkt für Jugendliche ohne Geld im Rücken. Ich denke, die Situation wird sich nicht gross ändern. Ich denke nicht, dass die Linke viel Erfolg haben wird in der politischen Arena. Ich denke eher, dass die alten Eliten die politische Stimme der Veteranen hinter sich vereinigen und somit ihre Macht behalten werden. Gleichzeitig, wenn der Krieg noch auf unbestimmt weitergeht, führt das zu noch mehr Armut und die Klassenspaltungen werden sich vertiefen. Diese Spaltungen könnten auch eine politische Form annehmen – welche können wir nicht wissen.

Die politische Richtung vorherzusagen ist also schwierig und hängt auch von den globalen Veränderungen ab. Der Krieg führt nicht einfach zur sozialen Revolution, auch nationalistische Kräfte können Auftrieb erhalten. Ich bin vielleicht etwas zu pessimistisch. Ich denke, dass wir den Krieg gewinnen werden, aber die sozialen Folgen sind unermesslich. Diese Konsequenzen mit konkreten politischen Vorschlägen zu adressieren, wird die Hauptaufgabe jeder politischen Bewegung sein.

# Ein Regime aus vergangenen Zeiten

Seit der Verhaftung und Ermordung der iranischen Kurdin Zhina Amini am 16. September 2022 protestieren Hunderttausende entschlossen gegen das theokratische Regime im Iran. Der Widerstand auf der Strasse gegen die Diktatur und der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit flammen seit Jahrzehnten immer wieder auf. Ein Blick in die iranische Geschichte der letzten 100 Jahre zeigt, dass die Abschaffung der «Islamischen Republik» längst überfällig ist.

von David Ales (BFS Basel)



## 1. Die Schah-Diktatur unter Reza Khan

Das Gebiet des heutigen Iran wurde während Jahrhunderten von verschiedenen Dynastien beherrscht. Im 19. Jahrhundert gelang es dem Britischen Königreich, seinen Einfluss in der Region auszubauen. Britische Unternehmen begannen Rohstoffe abzubauen und kontrollierten schliesslich grosse Teile des iranischen Handels. Formell schaffte es der Iran, seine Unabhängigkeit zu wahren und keine Kolonie zu werden. Dennoch war der Einfluss des Britischen Empires und auch des Russischen Reiches in der Region beträchtlich.

1925 gelang es dem Armeeeoffizier und Politiker Reza Khan Pahlavi, als neuer Schah (dt. Herrscher) die Macht zu ergreifen. Pahlavi war von den Ideen Kemal Atatürks beeinflusst und strebte eine Modernisierung des Landes nach westlichem Vorbild an. In den kommenden Jahrzehnten stärkte er die Macht der Zentralregierung und modernisierte die Verwaltung. Das Bildungs- und Justizwesen wurden reformiert, die Infrastruktur des Landes ausgebaut, die Industrialisierung vorangetrieben und der Einfluss des Klerus zurückgedrängt. 1936 wurde Frauen verboten, sich zu verschleiern. Von Männern wurde verlangt, sich nach westlichem Vorbild kleiden.

Trotz den Versuchen der Schah-Diktatur, den Iran zu einem Industrieland nach westlichem Vorbild zu machen, blieb der Iran ein von imperialistischen Mächten abhängiger Staat. Die Anglo-Persian Oil Company, welche mit dem Abbau und dem Export des iranischen Erdöls beauftragt war, gehörte zu 52% dem britischen Staat. Letzterer eignete sich mit der Ölförderung den Grossteil der Profite an, während Millionen Iraner:innen in bitterer Armut lebten.

Die angestrebte Modernisierung des Irans wurde längst nicht von allen gutgeheissen. Von der Industrialisierung einiger Gebiete und dem Abbau von Bodenschätzen profitierte neben internationalen Konzernen nur ein kleiner Teil der iranischen Gesellschaft. In ländlichen Gebieten änderte sich oft wenig. Kleinhändler, Handwerker und Manufakturbesitzer, welche das Rückgrat der traditionellen Basar-Ökonomie bildeten, sahen sich durch die Entstehung neuer Produktionsmethoden bedroht. Der iranische Klerus sowie konservativ-religiöse Milieus allgemein standen der westlich orientierten Politik des Schahs kritisch bis feindlich gegenüber.

In den 1930er Jahren baute der Schah die ökonomischen Beziehungen zu Deutschland aus. Bis Ende der 1930er Jahre wurde Deutschland zu einem der wichtigsten Handelspartner. 1941 wurde der Iran – obwohl offiziell im Zweiten Weltkrieg neutral – von britischen und sowjetischen Truppen besetzt. Die Briten zwangen den Schah zur Abdankung, in dem sie ihm androhten, den Iran dauerhaft zu besetzen. Reza Khans Nachfolger wurde sein Sohn, Mohammad Reza Pahlavi. Unter der Bedin-

gung  den Alliierten zu kooperieren und ihnen Zugang zu Transport- und Kommunikationsmitteln zu gewähren, konnte der Iran seine formelle Unabhängigkeit wahren.

## 2. Premierminister Mossadegh und die Operation Ajax

Dass die von den Briten zugesicherte Unabhängigkeit des Irans rein formeller Natur war, zeigte sich zu Beginn der 1950er Jahre. Der damalige Premierminister Mohammad Mossadegh, der im Gegensatz zum Schah äusserst populär war, beschloss 1951 mit der Parole «Das Öl gehört uns!» die iranische Erdölförderung zu verstaatlichen. Mit dieser auf nationale Interessen ausgerichteten Politik geriet Mossadegh nicht nur in Opposition zur britischen und US-amerikanischen Regierung, sondern auch zum Schah. Letzterer war entschlossen, weiterhin eine prowestliche und USA-freundliche Politik zu verfolgen.

Die Regierungen der USA und Grossbritanniens waren fest entschlossen, die Verstaatlichung der Ölindustrie zu stoppen und Mossadegh abzusetzen. Sie verhängten ein sofortiges Wirtschaftsembargo und stürzten die iranische Wirtschaft damit in eine tiefe Krise. Teile der Bevölkerung hungerten. Durch die kritische Lage geriet Mossadegh zunehmend unter Druck. Gleichzeitig bereiteten der US-Geheimdienst  sowie der britische MI6 mit Schah-treuen Militärs, Grossgrundbesitzern und Politikern einen Putsch gegen Mossadegh vor. Mit der von der CIA koordinierten (und natürlich völkerrechtswidrigen) «Operation Ajax» konnte sich der Schah schliesslich im August 1953 zurück an die Macht putschen. Mossadegh wurde unter Hausarrest gestellt. Mit der Rückkehr des Schahs fiel auch das staatliche Ölmonopol – US-amerikanische und europäische Firmen konnten sich während Jahrzehnten weiter an der Ölförderung im Iran bereichern.

Aus heutiger Sicht ist es unmöglich abzuschätzen, wie und in welche Richtung sich die iranische Gesellschaft unter der Regierung Mossadeghs entwickelt hätte. Fest steht aber, dass es schon in den 1950er Jahren beinahe gelungen wäre, die Schah-Diktatur zu beenden. Es waren die politischen und ökonomischen Interessen des Westens – allen voran der USA – die es dem Schah ermöglichten, für weitere 25 Jahre an der Macht zu bleiben.

## 3. Modernisierung und Repression

Wieder an der Macht, setzte Schah Mohammed Reza seinen Modernisierungskurs fort. Ab 1963 verabschiedete er ein umfangreiches Reformprogramm unter dem Namen «Weisse Revolution». Dieses beinhaltete eine weitreichende Landreform zu Gunsten der Bäuer:innen, die Privatisierung staatlicher Betriebe, eine Gewinnbeteiligung für Arbeiter:innen und Angestellte von Unternehmen sowie das aktive und passive Frauenstimmrecht.

Gleichzeitig wurde seine Herrschaft zunehmend autoritärer und sein Vorgehen gegenüber Oppositionellen brutaler. Der iranische Geheimdienst SAVAK ging rigoros gegen Schah-kritische und oppositionelle Bewegungen vor.

Die Durchsetzung moderner kapitalistischer Verhältnisse brachte für manche Iraner:innen Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse mit sich. Doch Millionen von Menschen – sowohl auf dem Land als auch in den Armenvierteln der grossen Städte – litten weiterhin unter extremer Armut. Zwar wuchs die iranische Wirtschaft und die Infrastruktur konnte verbessert werden, doch viele lokal hergestellte Produkte und Konsumgüter wurden nicht für den einheimischen Markt, sondern für den Export in westliche Länder produziert. Viele konservative Milieus fühlten sich von den gesellschaftlichen Veränderungen übergangen. Der Schah, der seine Ferien mit seiner Familie gerne in St. Moritz oder Miami verbrachte, führte ein zunehmend abgehobenes Dasein. Er lebte in grossem Reichtum und entfremdete sich immer mehr von der Bevölkerung.

Gegen die Politik des Schahs bildeten sich mehrere oppositionelle Strömungen:

1. Die sogenannte «Nationale Front», zu deren Gründern 1949 auch Premierminister Mossadegh gezählt hatte, umfasste nationalistische, republikanische und sozialdemokratische Kräfte. Das vereinende Hauptanliegen der Nationalen Front bestand darin, der politischen und ökonomischen Abhängigkeit des Irans von westlichen Ländern ein Ende zu setzen.
2. Eine reaktionär-klerikale Bewegung, angeführt vom ultrarechten Geistlichen Ruhollah Chomeini, der ab 1964 vom Exil aus operierte. Chomeini lehnte die Modernisierung und die USA-freundliche Politik des Schahs ab und forderte stattdessen eine Gesellschaft, die mit den Grundsätzen des Islams vereinbar sein sollte. Er verwendete dabei eine radikale und äusserst effiziente Sozialrhetorik, die bei vielen gut ankam. Den Schah und die iranischen Neureichen bezeichnete er als «Parasiten am Körper des Volkes». Er versprach, die Armut der Bevölkerung zu lindern und ein lebenswertes Leben für alle zu ermöglichen. Im Exil entwickelte er auch die Idee einer «Islamischen Republik», in der die Macht nicht vom Volk, sondern von einem obersten religiösen Führer ausgehen sollte. Die klerikale Bewegung war vor allem bei konservativen, ärmeren und ländlichen Bevölkerungsteilen verankert, hatte aber auch in anderen Kreisen Anhänger:innen.
3. Eine linke Bewegung, zu der die moskauorientier-



**Eskalation:** Bei Strassenprotesten im September 1978 schossen die Sicherheitskräfte des Schahs auf Demonstrierende. Die Gewalt des Regimes führte dazu, dass sich immer mehr Menschen gegen den Schah auflehnten und sich radikalisierten.



**Der verhasste Schah:** Eine Statue des Schahs vor der Universität Teheran wird vom Sockel gestürzt. Unter Studierenden hatten die linken Guerrilla-Gruppen im Iran viele Anhänger:innen.

te «marxistisch-leninistische» Tudeh-Partei gehörte und die in den industriellen Zentren sowie im studentischen Milieu viel Anklang fand. Da die Tudeh-Partei schon 1949 aufgelöst und verboten wurde, operierten viele Aktivist:innen im Untergrund, organisierten sich im Ausland oder beteiligten sich an der (bürgerlich dominierten) Nationalen Front. In den 1960er und 70er Jahren entstanden weitere linke Parteien und Guerilla-Organisationen, die der Ansicht waren, dass sich der Schah-Diktatur nur gewaltsam ein Ende bereiten lasse. Zu ihnen gehörten die Volksmudschahedin, welche eine Art islamisch begründeten Sozialismus vertraten sowie die marxistisch orientierte Volksfedajin-Guerilla. Während die Tudeh-Anhänger:innen auf Massendemonstrationen und Streiks setzten, verübten die Guerilla-Gruppen Attentate und bekannten sich zum bewaffneten Widerstand. Unter der Schah-Diktatur musste die gesamte Linke aus der Illegalität operieren und war ständiger Verfolgung ausgesetzt. Dennoch war der Einfluss der linken Kräfte auf die Bevölkerung gross.

Die Oppositionsbewegung wurde in den 1960er und 1970er Jahren immer bedeutender. Obwohl der iranische Inlandgeheimdienst sämtliche oppositionelle Gruppen infiltrierte, verfolgte und die Aktivist:innen wenn möglich inhaftierte oder umbrachte, gelang es dem Schah nicht, den Widerstand auf der Strasse zu brechen. Während der Klerus vor allem die mit dem Schah einhergehende dekadent-westliche Lebensweise und die

Säkularisierung ablehnte, prangerte die linke Bewegung die soziale Ungleichheit und die Armut im Land an. Gemeinsam war ihnen die Ablehnung des Schahs und gegenüber der ständigen Einflussnahme durch die USA und anderer westlicher Länder. Die USA ihrerseits betrachteten den Iran als wichtiges antikommunistisches Bollwerk und unterstützten die Schah-Diktatur ökonomisch, militärisch, finanziell und beratend.

#### 4. Die Islamische Revolution und die Fehler der Linken

Obwohl die iranische Oppositionsbewegung in sich heterogen war und ganz unterschiedliche Absichten und Ziele verfolgte, gelang es Ruhollah Chomeini, sich als Integrationsfigur des gesamten Widerstandes zu präsentieren. Rückwirkend mag es irritieren, dass viele säkulare und linke Strömungen sich nicht von ihm distanzieren. Dies hatte auch damit zu tun, dass Chomeini seine Vorstellungen einer Theokratie (mit ihm selbst an der Spitze) nicht offen propagierte. Stattdessen präsentierte er sich als Verteidiger der armen Leute und bekannte sich gar zu demokratischen Freiheitsrechten und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Auch viele Linke glaubten den Worten Chomeinis und begingen damit eine fatale Fehleinschätzung. Gerade die kommunistisch orientierte Opposition betrachtete den religiösen Charakter grosser Teile der Opposition als Ausdruck einer vorübergehenden Erscheinung; als nachvollziehbaren Aus-



**Grossdemonstration am Frauenkampftag am 8. März 1979 in Teheran:** Für Frauen waren die Rückschritte und Angriffe, die mit der Errichtung der «Islamischen Republik» einhergingen, besonders drastisch. Viele von ihnen wehrten sich daher erbittert gegen die neu entstehende Theokratie. Für viele Männer hingegen waren feministische Anliegen und Kämpfe damals nicht prioritär.



**Kontrolle des Körpers:** Die Kontrollen und anschliessenden «Instruierungen» der islamischen «Sittenpolizei» sind nicht nur demütigend, sondern oft auch mit Einschüchterung und Gewalt verbunden.

druck des Elends und der Unterdrückung der Massen, die sich gegen den Schah auflehnten. In dieser Logik glaubten sie, dass die religiöse Orientierung in dem Masse wieder abnehmen würde, wie sich die sozio-ökonomischen Zustände der Menschen verbessern und die Schah-Diktatur durch ein partizipatives System ersetzt würde. Ein fataler Irrtum, wie sich wenig später herausstellen sollte.

In den späten 1970er Jahren spielten sich teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen der oppositionellen Bewegung und Anhänger:innen des Regimes ab. Hunderte Gebäude wurden angezündet, Streiks und Massenproteste legten das Land lahm. Die politischen Auseinandersetzungen wurden immer heftiger. Im September begannen die Beschäftigten des Ölsektors zu streiken. Auch in anderen Sektoren legten Arbeiter:innen ihre Arbeit nieder und schlossen sich den Streiks und Kundgebungen an. Viele Unternehmer verliessen daraufhin das Land. In manchen der führungslosen Fabriken gründeten Arbeiter:innen Schoras (dt. Räte) und begannen, die Produktion selbst zu organisieren. Gegen Ende 1978 wurde der Druck auf der Strasse und in den Betrieben so gross, dass die Macht des Schahs allmählich ins Wanken geriet. Nachdem sich die Präsidenten Frankreichs und der USA, der deutsche Bundeskanzler sowie der britische Premier an der Konferenz von Guadeloupe darauf einigten, die Unterstützung für den Schah einzustellen, flüchtete dieser am 16. Januar 1979 ins Exil. Der Herrschaft des Schahs war damit ein Ende gesetzt.

## 5. Die islamische Diktatur

Wenige Wochen nach der Flucht des Schahs kehrte Ruhollah Chomeini mit westlicher Unterstützung aus seinem französischen Exil in den Iran zurück. Mit Hilfe ihm treuer paramilitärischer Gruppen, aus denen später die berühmten Revolutionsgarden hervorgehen sollten, gelang es Chomeini innert weniger Wochen, alle etablierten Institutionen

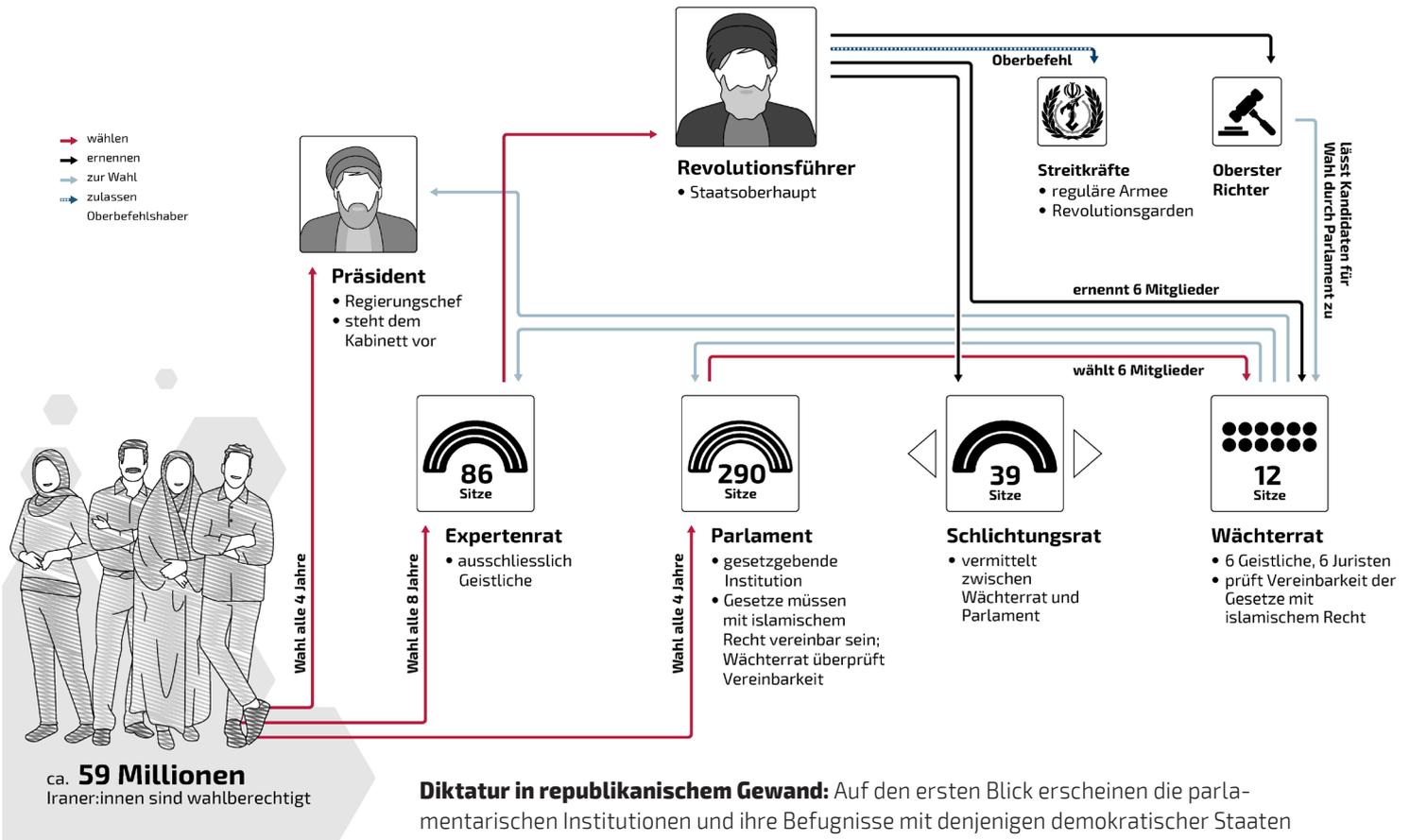
der Schah-Herrschaft aufzulösen und die Macht an sich zu reissen. Hunderte Anhänger:innen des Schah-Regimes – allen voran die ehemaligen Kader des Sicherheitsdienstes SAVAK und der Armee – wurden verhaftet und hingerichtet.

Nachdem Chomeini seine Macht konsolidiert hatte, ging er dazu über, andere oppositionelle Bewegungen brutal zu verfolgen und zu zerschlagen. Die vor wenigen Monaten gegründeten Arbeiter:innenräte (Schoras) wurden für unislamisch erklärt und durch regimetreue Manager ersetzt. In der zweiten Jahreshälfte 1979 wurden führende Köpfe der bürgerlichen sowie der linken Opposition ins Exil gezwungen oder inhaftiert und hingerichtet. Nun rächte sich, dass viele Linke das politische Projekt und die wahren Absichten Chomeinis und seines klerikalen Blocks falsch eingeschätzt hatten. Innert Monaten wurden die bürgerliche, die kommunistische und alle anderen Strömungen, die sich nicht bedingungslos hinter das neue Regime stellten, ausgeschaltet. Der bewaffnete Widerstand der Volksmudschahedin diente dem neuen Regime eher als Legitimation denn als Hindernis, wenn es darum ging, gewaltsam gegen die iranische Linke vorzugehen.

Zu Beginn der 1980er Jahren hatten Chomeini und seine Anhänger:innen eine neue theokratische Diktatur errichtet, dessen Fundament bis heute intakt ist.

Das System der iranischen Theokratie sieht zwar eine Beteiligung der Bevölkerung durch die Wahl des Präsidenten, des Parlamentes sowie eines Expertenrates vor. Allerdings werden sämtliche Kandidat:innen, welche den Vorstellungen des Klerus widersprechen, von der Wahl ausgeschlossen. An der Spitze des Staates steht der oberste geistliche Führer, der die obersten Richter ernennt und den Sicherheitsapparat kontrolliert. De facto kommt der Iran damit einer Diktatur mit vermeintlich republikanischen Institutionen gleich, welche die Bevölkerung zwar einbindet, aber keine echte politische Freiheit und Meinungsvielfalt zulässt. Der Iran kennt

# Irans Machtstrukturen



**Diktatur in republikanischem Gewand:** Auf den ersten Blick erscheinen die parlamentarischen Institutionen und ihre Befugnisse mit denjenigen demokratischer Staaten vergleichbar. Tatsächlich ist der Iran aber eine defacto Diktatur, die alle oppositionellen Parteien und Kandidat:innen vom Machtapparat ausschliesst.

weder eine Presse- noch Organisationsfreiheit.

Für viele noch unerträglicher als die fehlende Demokratie war die von oben verordnete Islamisierung, durch welche die in vielerlei Hinsicht moderne iranische Gesellschaft ab 1979 in ein autoritär-fundamentalistisches System hineingezwängt wurde. Das Strafrecht wurde gemäss den islamischen Grundsätzen der Scharia neu ausgelegt, das Ehe- und Scheidungsrecht angepasst, das Tragen des Schleiers für Frauen wieder zur Pflicht. Schulbücher wurden umgeschrieben, das kulturelle Leben massiv eingeschränkt, der Überwachungsstaat ausgebaut. In den 1980er und 90er Jahren waren es noch die Revolutionsgarden selbst, welche die Bevölkerung – insbesondere die Frauen – täglich durch Schikanen, Zurechtweisungen und mitunter brutale Gewaltanwendung den neuen Kleidervorschriften des Regimes unterwarfen. Ab 2006 wurde diese Aufgabe durch die Sittenpolizei übernommen. Diese greift Frauen (und Männer), welche gegen die Kleidervorschriften verstossen, auf und unterzieht sie einer «Zwangsinstruierung». Dass dabei Übergriffe, Misshandlungen und mitunter auch tödliche Gewalt zur Anwendung kommen, weiss die iranische Gesellschaft nicht erst seit dem Mord an Zhina Amini.

## 6. Der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit

Weite Teile der iranischen Gesellschaft wehrten sich von Beginn an erbittert gegen die Errichtung der islamischen

Diktatur. Frauen spielten dabei eine zentrale Rolle. Denn obgleich das neue Regime gegenüber der gesamten Bevölkerung autoritär auftrat, waren die Rückschritte, mit denen sich die iranischen Frauen konfrontiert sahen, besonders drastisch. Schon am 8. März 1979 – dem internationalen Frauenkampftag – gingen Zehntausende Frauen auf die Strasse, um für gleiche Rechte und gegen die neuen Kleidervorschriften zu demonstrieren.

Zwischen 1980 und 1988 befand sich der Iran im Krieg gegen den Irak. Der irakische Diktator Saddam Hussein versuchte durch einen Angriffskrieg Erdölquellen zu erobern und seine Macht auszubauen. Westliche Staaten belieferten beide Länder mit Waffen, unterstützten aber vor allem Saddam Hussein. Hunderttausende Menschen starben. Das iranische Regime nutzte den permanenten Kriegszustand, um gegen innen noch härter durchzugreifen und sämtliche oppositionelle Kräfte als Verräter zu diskreditieren.

Seit Mitte der 1990er Jahre leidet die iranische Wirtschaft unter weitreichenden Wirtschaftssanktionen durch den Westen, die infolge des iranischen Atomprogramms auf Druck der USA verhängt wurden. Innenpolitisch wechseln sich «moderatere» Phasen, in denen die Kleidervorschriften gelockert und die Überwachung zurückgefahren wird mit autoritären Phasen ab, in denen das Regime jeweils versucht, erkämpfte Freiheiten wieder abzuschaffen. Neben der repressiven Gewalt der Theokratie leiden Millionen

**Die Grüne Bewegung:** Massendemonstration der «Grünen Bewegung» in Teheran am 15. Juni 2009. Viele internationale Beobachter:innen glauben damals, dass das Regime bald fallen wird.



Iraner:innen an Armut, Massenarbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und mangelnden sozioökonomischen Perspektiven.

2009 löste die Wiederwahl des ultrakonservativen Hardliners Mahmud Ahmadinesch die grössten Proteste seit der Islamischen Revolution aus – die sogenannte «Grüne Bewegung». Vor allem in den Städten gingen Hunderttausende Iraner:innen auf die Strasse und protestierten gegen das Wahlergebnis und die Politik Ahmadinedschads. Das Regime reagierte mit gewohnten Methoden: Dutzende wurden ermordet, Tausende inhaftiert, viele von ihnen gefoltert. Angesichts der Hartnäckigkeit der Proteste gingen viele internationale Beobachter 2009 davon aus, dass das Regime bald fallen würde.

Ab 2012 unterstützt das iranische Regime im syrischen Bürgerkrieg die syrische Armee und damit Diktator Baschar al-Assad. Auch in anderen arabischen Ländern versucht der Iran seinen Einfluss auszubauen und sich als Regionalmacht zu etablieren. Innenpolitisch geht das iranische Regime auch rigoros gegen ethnische und religiöse Minderheiten vor. Vor allem die kurdische Bevölkerung leidet unter dem nationalistischen Bestreben des Regimes, die iranische Sprache, Kultur und Religion allen Ethnien aufzuzwingen. In der Logik der Mullahs gibt es im Iran keine verschiedenen Ethnien, sondern nur eine Glaubensgemeinschaft.

Im Dezember 2017 kam es erneut zu zahlreichen Demonstrationen im ganzen Land. Die Proteste richteten sich gegen

Arbeitslosigkeit, ausbleibende Lohnzahlungen und steigende Lebensmittelpreise. Im Gegensatz zu 2009 gingen die Menschen dieses Mal vor allem in ärmeren und auch kleineren Städten auf die Strasse. Viele Jugendliche – von denen im Iran rund ein Viertel arbeitslos sind – beteiligten sich. 2018 fanden immer wieder Proteste und Streiks statt, in denen sich die Menschen sowohl gegen ihre sozioökonomische Lage also auch gegen die politischen Zustände zur Wehr setzten.

Im November 2019 kam es abermals zu Massendemonstrationen und Protesten in vielen Städten und Dörfern. Auslöser war dieses Mal die starke Erhöhung der Benzinpreise, doch entwickelten sich die Proteste schnell zu einer allgemeinen Bewegung gegen die islamische Diktatur und die Gewalt des Regimes. Dutzende Banken und Regierungseinrichtungen wurden angegriffen, die Kundgebungen wurden immer radikaler. Das Regime ging mit aller Härte gegen die Protestierenden vor, Hunderte Menschen kamen ums Leben.

## 7. Frau – Leben – Freiheit: Eine neue Qualität des Protests

Ausgelöst durch die Ermordung der iranischen Kurdin Zhina Amini geht die Bevölkerung seit September 2022 erneut auf die Strasse. Auch wenn die aktuellen Ereignisse sicherlich in Kontinuität mit vergangenen Protestwellen stehen, zeigen sich hinsichtlich der Zusammensetzung als auch des Vorgehens der Protestierenden neue Entwicklungen:

- Der wohl bekannteste Slogan «Frau, Leben, Freiheit»

bringt klar zum Ausdruck, dass es der Protestbewegung darum geht, der von oben organisierten systematischen Diskriminierung und Überwachung iranischer Frauen ein Ende zu setzen. Für viele ist klar, dass die Kontrolle des Regimes über den Körper und das Verhalten von Frauen ein Grundpfeiler der islamischen Diktatur ist. Der Kampf gegen den Kopftuchzwang ist daher nicht nur ein Kampf um individuelle Freiheit, sondern trifft die iranische Theokratie ins Herz. Frauen (und Mädchen) spielen in der aktuellen Protestbewegung daher auch eine zentrale Rolle. Sie verbrennen öffentlich ihre Kopftücher, zerstören Bilder und andere Symbole religiöser Führer oder wehren sich gegen Anfeindungen und Angriffe durch Anhänger:innen des Regimes. Dabei erfahren sie Unterstützung und Solidarität durch viele Männer. Die aktuellen Proteste wehren sich nicht nur gegen die Gewalt des Regimes, sondern stellen den islamistisch-religiösen und diktatorischen Charakter des Regimes grundsätzlich in Frage.

- Gleichzeitig verweist der Slogan «Frau, Leben, Freiheit», der ursprünglich von der kurdischen Frauen- und Freiheitsbewegung stammt, auf den dezidiert transethnischen Charakter der Bewegung. Noch mehr als zuvor kämpfen Iraner:innen – egal ob Perser:innen, Belutsch:innen oder Kurd:innen – vereint und mit gemeinsamen Forderungen für eine Zukunft ohne (islamische) Diktatur. Dabei ist der Kampf gegen das Regime auch ein Kampf gegen den iranischen Chauvinismus, der andere Ethnien seit Jahrzehnten

unterdrückt und ihnen ihre Autonomie abspricht.

- Schliesslich ist die aktuelle Protestbewegung in ganz verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verankert. Sie bringt Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Schüler:innen, Industriearbeiter:innen, Studierende und Rentner:innen auf die Strasse. Sie umfasst Streiks, Demonstrationen, zivilen Ungehorsam, künstlerische Aktionsformen und Social-Media-Aktionen.

Die Proteste im Iran brechen in immer kürzeren Abständen aus und werden immer entschlossener. Vieles deutet darauf hin, dass sich das Land in einem revolutionären Prozess befindet, dessen Ausgang und Dauer allerdings völlig offen sind. Ob es der Bewegung gelingt, über die Proteste hinaus eine kohärente und mehrheitsfähige Vorstellung darüber zu entwickeln, was nach der islamischen Diktatur folgen soll, ist ungewiss. Dies umso mehr, weil sich die iranische Gesellschaft ohne legale oppositionelle Parteien und Gewerkschaften organisieren muss.

Das iranische Regime setzt einmal mehr auf die Karte der Repression und wendet brutale Gewalt an. In den letzten Wochen sind abermals Hunderte Menschen gestorben, Tausende verletzt und inhaftiert worden. Und obgleich sich die Iraner:innen dieser Gefahren bewusst sind, gehen die Proteste weiter. Für viele Menschen im Iran ist die Wut grösser als die Angst. Die Zerschlagung des theokratischen Regimes ist längst überfällig.



**Gegen patriarchale Unterdrückung:**

Seit Beginn der Proteste 2022 wehren sich immer mehr Frauen gegen den Kopftuchzwang. Viele Männer zeigen sich solidarisch.

# Bilder der Ohnmacht und die Ohnmacht durch Bilder



Der Engel der Geschichte (Angelus Novus) ist ein Kunstwerk von Paul Klee. Der marxistische Philosoph Walter Benjamin analysierte ihn als Darstellung der widersprüchlichen Ohnmacht der Menschheit angesichts der Moderne, die Emanzipation und absolute Barbarei zugleich hervorbringt. Diese Ohnmacht lässt sich auch in jüngeren Debatten über den Klimawandel beobachten – wenngleich mit einer weniger komplexen Bebilderung.

Die modernen Massenmedien berichten unablässig über den katastrophalen Zustand der kapitalistischen Welt. Sie tun dies nicht nur mit den entsprechenden Schreckensmeldungen, sondern auch mit einer einschlägigen Bildsprache. Die verwendeten Bilder rütteln nicht nur auf und führen zu einem politischen Bewusstsein der Krisen, sondern führen zu Ernüchterung und Passivität.

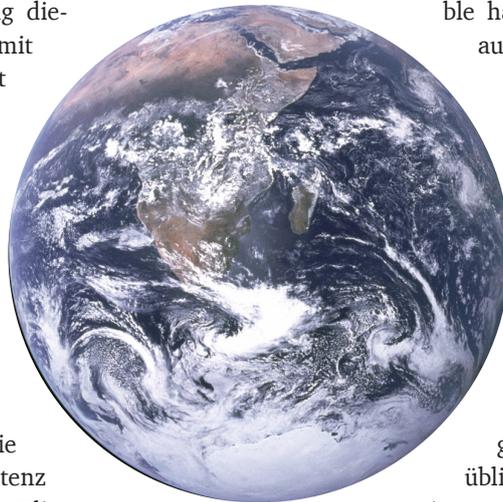
**von Kadye Blond und Danilo Meunier (beide BFS Basel)**

Jeden Tag erreichen uns in den Medien neue Schreckensmeldungen über den Zustand der Welt. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine bringt die Welt an den Rand der nuklearen Verwüstung. Die fortschreitende kapitalistische Umweltzerstörung führt zur Überschreitung irreversibler «Kippunkte». Und die sich mehrenden Anzeichen für eine globale Rezession wecken Erinnerungen an die Verheerungen der letzten Finanzkrise. Diese Beispiele von tagtäglich auf uns niederprasselnden News führen bei vielen Menschen zu Hoffnungslosigkeit und Konsternation. Dies hat sicherlich mit den apokalyptischen Inhalten dieser Schreckensbotschaften zu tun. Die Art und Weise, wie die Inhalte jedoch medial aufbereitet werden, verstärkt die ernüchternde Wirkung dieser Botschaften und beeinflusst damit den gesellschaftlichen Umgang mit Krisen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie und auf welchen Ebenen diese panische Ohnmacht politisiert und damit kollektiv überwunden werden kann.

In den Medien und in der Forschung werden im Zusammenhang mit der Klimakrise immer wieder ähnliche Bilder verwendet. Sie haben es gemeinsam, dass sie undifferenziert die schlichte Existenz der Menschheit als Grund für den Klimawandel und die planetare Zerstörung darstellen. Die Menschheit wird wie ein lästiges Virus behandelt, das den Planeten befallen hat. Dies verschleiert einerseits, dass sich die Erde nicht einfach wegen der «Menschheit» erwärmt, sondern wegen der ressourcenintensiven Produktionsweise des Kapitalismus. Andererseits führt dies zugleich bei den Rezipient:innen der Bilder dazu, dass sie – bewusst oder unbewusst – mit der Schuld an der Krise konfrontiert werden. Diese sehr konzentriert dargestellte These wird im Folgenden anhand zweier etablierter Bildtypen diskutiert.<sup>1</sup>

### Die blaue Murmel im Nichts

Dass die einschlägigen Bilder zum Klimawandel nicht zwangsläufig Panik schüren, lässt sich gut an unserem ersten Bildtypus darstellen, der zunächst auch von der Umweltbewegung der 1970er Jahre vereinnahmt wurde: die



sogenannte Blue Marble. Diese beruht auf der gleichnamigen Fotografie der Erde aus dem All von 1972, welche von Astronauten der Apollo 17 geschossen wurde. Anfang der 1970er Jahre wurden Bilder wie die der Blue Marble zu einem wichtigen Gegenbild der akuten Angst vor dem Weltende, welche seit der Explosion der Atombomben dominierte. Das Bild der friedlichen blauen Erde im dunklen Weltraum, geschützt von ihrer mit weissen Wolken durchzogenen Atmosphäre, wurde schnell zu einem Symbol der Hoffnung auf eine geeinte, friedvolle Menschheit und eine bessere Zukunft. Weiterhin manifestierte sich im Bild jedoch auch die Gebrechlichkeit des Planeten, welche ihn

kostbar und schützenswert macht. Die Blue Marble hat also sowohl eine hoffungsvolle als

auch apokalyptische Wirkung, weshalb

sie schnell zur wichtigsten Ikone der Klima- und Friedensbewegung wurde.

Dies ist einigermassen erstaunlich, da die Fotografie der Erde aus

dem All auf mehreren Ebenen als

unnatürlich und abstrakt gelten kann.

Denn der Globus, der bis zu diesem Zeitpunkt immer nur

kartografisch dargestellt werden konnte, konnte nun(mehr) fotogra-

fisch dargestellt werden. Dies zog die

gewichtige Änderung mit sich, dass die

üblichen polit-geographischen Konstruk-

tionen, wie Gradnetze, politische Ländergren-

zen und bunte Codierungen entfielen. Folglich wird

die Künstlichkeit und Willkürlichkeit menschlicher Grenzen

augenscheinlich, denn Staatsgrenzen sind auf diesem

Bild naturgemäss nicht erkennbar. Zugleich wird damit

aber auch die Tatsache, dass die Erde seit Jahrtausenden

von Menschen bewohnt, bearbeitet und geprägt wird, un-

sichtbar. Betrachter:innen von Bildern wie der Blue Marble,

fühlen sich nicht länger als Teil des Bildes – und somit der

Erde, sondern blicken als scheinbar Aussenstehende und

Unbeteiligte aus einer quasi-göttlichen Perspektive auf sie.

Diese Meta-Ebene ist den meisten Betrachter:innen des

Bildes wohl nicht direkt bewusst. Aufgrund der bereits

benannten Effekte, dass aus dem All die ganzen globalen

Konflikte unscheinbar wirken und sich die Erde gleichzeitig

als schützenswerter Heimatort offenbart, für den wir aktiv

sorgen müssen, war das Bild zu seiner Zeit enorm erfolg-

reich. Der exzessive Gebrauch des Bildes der Erde aus dem

All führte auch zu einem Abnutzungseffekt. Die zahlrei-

chen Kopien des Bildes wurden zum Kommerz und erschie-

nen auf Logos, Plakaten und Icons, was den ursprünglichen

Effekt des Bildes neutralisierte.

<sup>1</sup> Eine zentrale Quelle für die Argumentation des Artikels ist das Werk Klimabilder: Eine Genealogie globaler Bildpolitiken von Klima und Klimawandel von der Professorin für Medienökologie Birgit Schneider.

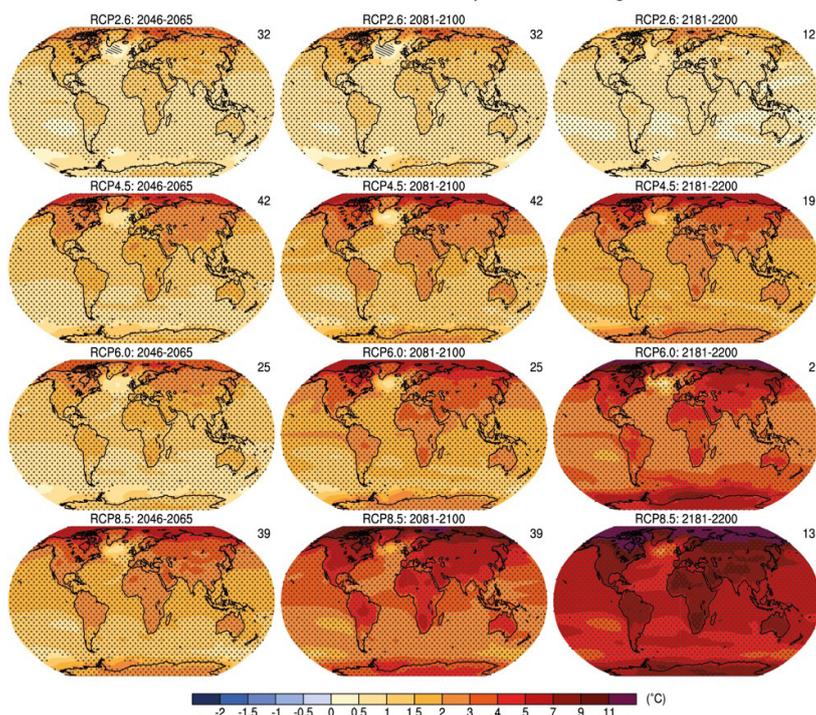
« Gerade weil der Klimawandel wesentlich menschgemacht ist und auch nur durch das kollektive Handeln von Menschen verlangsamt werden kann, stellt diese Panikreaktion eine grosse Herausforderung dar.

### Der brennende Planet

Ebenfalls weit verbreitet in der Berichterstattung der Klimakrise ist ein zweiter Bildtypus: jener der Burning World. Dieser bezieht sich auf zumeist rot, orange und gelb gefärbte Weltkarten, welche von der Klimaforschung publiziert werden, um auf die Erderwärmung hinzuweisen und ihre Intensität zu illustrieren. Wie die Bilder der Blue Marble haben sich auch die roten, klimatischen Weltkarten der Burning World tief in das kulturelle Gedächtnis eingebrannt. Obwohl die rot-blaue Codierung der Klimakarten einem intuitiven Farbschema von Kälte und Wärme folgt, werden auch hier weitere Bedeutungsebenen transportiert. Die Erde in Rot ist eine Erde der Krise und der Lebensfeindlichkeit: Die rote Farbe wird zu einer unumkehrbaren Prognose für unseren Planeten und unsere Zukunft. Die Erde ist bereits rot, sie brennt und es gibt nichts, was diesen Fakt verändern könnte. Natürlich sollen die Erderwärmungskarten in erster Linie auf die menschengemachte Natur des Klimawandels hinweisen, zum Handeln und Nachdenken animieren. Dennoch werden die Betrachter:innen zeitgleich mit der Erkenntnis konfrontiert, dass die Erde bereits in dem Zustand ist, den man um jeden Preis verhindern wollte. Das Farbschema rot-Blau ruft daher intuitiv eine Ästhetik von Angst, Gefahr und Alarm hervor, von einer schicksalhaften Krise, die unweigerlich stattfinden wird, derer sich die Menschen nicht mehr entziehen können.

Gerade weil der Klimawandel wesentlich menschgemacht ist und auch nur durch das kollektive Handeln von Menschen verlangsamt werden kann, stellt diese Panikreaktion eine grosse Herausforderung dar. Abermals platzieren wir uns ausserhalb der Weltkarte, als unabhängige Subjekte und nicht als aktive Kräfte, welche Einfluss auf den Ausgang der Krise nehmen können. Die Klimakarten, welche auf die menschengemachte Natur der

Annual mean surface air temperature change



Katastrophe hinweisen sollen, regen nicht nur zu kritischer Reflexion und politischer Selbstermächtigung an, sondern bekräftigen auch ihr Gegenteil, nämlich Untergangsszenarien und Ohnmachtsgefühle. Roland Barthes, ein französischer Philosoph, nannte Bilder mit dieser Wirkung «Schockbilder»: Sie bündeln die Aufmerksamkeit ihrer Betrachter:innen, ohne diese kritisch über das Dargestellte reflektieren zu lassen.

### Über den Widerspruch im Bild

Beide Bildtypen haben gemeinsam, dass sie mit ihrer Abbildung der Erde als überschaubares Ganzes ein sogenanntes «Global Environment» schaffen. Aus Sicht des Anthropologen Tim Ingold ist das ein Paradox. Denn einerseits ist es schwierig, die Erde tatsächlich als Ganzes zu sehen. Nur die wenigsten von uns reisen mit einer Raumkapsel um die Erde. Andererseits ist Umwelt immer subjektiv. Sie kann nur im Verhältnis zu denjenigen existieren, die sich in ihr befinden, in ihr handeln und sie wahrnehmen.

Die Bildtypen, welche im Diskurs der Klimakrise häufig Verwendung finden, greifen beide auf die globale Perspektive zurück und gehen mit der Vorstellung einher, dass sich die Welt im Besitz der Menschheit befindet und die Klimakrise daher eine bloße Frage des effizienten Managements darstellt. Wer es denn aber ist, der:die schliesslich die Erde «managed», bleibt dem:der Beobachter:in entzogen. Die lokale Perspektive, welche sich auf individueller Ebene als Umwelt und persönliche Sphäre der Erfahrung definiert, wird dabei ausgeklammert. Wir verkommen so von aktiven, wirkenden Subjekten, zu hilflosen, aussenstehenden Beobachtenden.

Die Wirkung der in den Medien und in der Forschung verwendeten Bildsprache erzeugt somit einen Widerspruch: Einerseits sehen sich Rezipierende in der Rolle von Aussenstehenden, welche mit Angst und in Handlungsstarre auf ihren Planeten herabblicken, andererseits bietet eben diese Perspektive auch die Grundlage für ein Gefühl der Ermächtigung, welches die Klimakrise als Management-Frage ungerichtet an die Menschheit abgibt. Da sowohl Klimakarten als auch planetare Ansichten der Erde alle Menschen als globales Wir adressieren, wird impliziert, dass alle gleichermassen Schuld am Klimawandel tragen. Gleichzeitig wird niemand direkt aufgefordert, aktiv zu handeln und Verantwortung zu tragen.

### Wer sind wir – die Menschen?

Dabei stellt sich die Frage, wie das implizite «Wir» im Begriff der Menschheit verstanden werden soll. Das Sprechen von einem virtuellen, planetarischen Wir ignoriert die Asymmetrien von Klasse, Gender und Macht und reduziert die Menschheit zu einem undifferenzierten Ganzen. Indigene Völker in Jäger-Sammler-Gesellschaften haben ohne Zweifel nicht dieselben negativen Effekte auf die Umwelt und sind in ihrer Lebensart und in ihren Lebensräumen schon lange akut von den Konsequenzen der Klimakrise bedroht. Den eigentlichen Auslöser der Klimakrise stellt die industrielle Entwicklung und das ungebremste wirtschaftliche Wachstum der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaften des Westens dar, welches sich auf die Ausbeutung fossiler Ressourcen stützt. Die bildlichen Darstellungen des Klimawandels unterschlagen diese Asymmetrie und suggerieren, dass es die

Menschheit selbst sei, die zur Klimaerwärmung führe.

Dass es auch Alternativen gibt, demonstriert unter anderem die britische Organisation Climate Outreach, welche sich intensiv mit dem Thema Klimakommunikation auseinandersetzt. Die Organisation legte 2016 eine Untersuchung der wiederkehrenden Bildsprache des Klimawandels vor und setzte die neu gewonnenen Erkenntnisse in Form einer Fotodatenbank namens Climate Visuals um. Die Datenbank steht Menschen zur Verfügung, die über den Klimawandel berichten, respektive auf ihn aufmerksam machen wollen. Gleichzeitig dient sie als Leitfaden für eine erfolgreiche, bildliche Vermittlung der Krise, die zum Handeln anregt und zur Überwindung der Ohnmacht beiträgt.

Unter anderem sollen Motive verwendet werden, die vermitteln, dass Veränderung möglich ist wie zum Beispiel Bilder, welche den Einsatz erneuerbarer Energien zeigen. Ebenfalls sei es effektiv, konkrete Klimaschutzaktivitäten abzubilden, insbesondere in Regionen, in denen die lokale Bevölkerung besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen ist. Abgebildete Menschen sollen als Betroffene jedoch nicht in einer Opferhaltung, sondern vielmehr als handlungsfähige Personen dargestellt werden. Weiterhin sei ein perspektivischer Wechsel in den Motiven erforderlich. Neben der Verwendung globaler Bilder sollen die Effekte der Erderwärmung den Rezipient:innen auch in direkter Nähe vor Augen geführt werden. Dies stärkt das Bewusstsein für die eigene Betroffenheit. Letztlich betont die Untersuchung, dass es kontraproduktiv sei, Einzelpersonen abzubilden und diese aufgrund ihrer persönlichen Gewohnheiten zu verurteilen. Vielmehr sollen die sich hinter diesen Gewohnheiten verborgenen Institutionen direkt adressiert werden. Das heisst anstelle des Fleischkonsums eines einzelnen Menschen sollte die Rodung der Wälder adressiert werden, anstelle einer Person im Auto eine überfüllte Autobahn oder noch besser: der Abbau fossiler Brennstoffe.

Diese Beispiele zeigen auf, dass es möglich ist, dieser Ideologie mit der richtigen Analyse der kapitalistischen Verhältnisse entgegenzutreten und gewissermassen «Gegenbilder» zu entwerfen. Der brennende Planet wird so zum Anlass seiner kollektiven Rettung gesehen, statt Auslöser von Konsternation und Hilflosigkeit zu bleiben.

« Unter anderem sollen Motive verwendet werden, die vermitteln, dass Veränderung möglich ist wie zum Beispiel Bilder, welche den Einsatz erneuerbarer Energien zeigen.

# Rap-Legende Xatar

## Ein passabler Film über ein spektakuläres Leben

Ende Oktober kam der Film «Rheingold» in die Kinos, welcher das Leben des aus Bonn (NRW) stammenden Rappers Xatar verfilmt. Der Film von Regisseur Fatih Akin basiert auf Xatars autobiografischem Buch «Alles oder Nix», welches 2015 erschien. Ein passabler Film über eine atemberaubende Biografie. Xatars Lebensgeschichte ist ein in deutscher Sprache einmaliges Lehrstück über Gründe für eine kriminelle Laufbahn, und wie man mit Musik – und nebenbei einem Goldraub – da wieder rauskommt.

von Theo Vanzetti (BFS Zürich)



## « Es sollte nie vergessen werden, dass es die materiellen Verhältnisse sind, die einen Menschen dazu bringen andere zu verletzen, und dass niemand als übler Schläger geboren wird.

Giwar Hajabi, wie Xatar<sup>1</sup> ausserhalb vom Rap-Kosmos heisst, ist einer der wichtigsten Strassenrapper Deutschlands und nebst seiner Musik vor allem für einen Raub bekannt, bei dem er mit einigen wenigen Kumpanen als Polizisten verkleidet einen überaus naiven Gold-Kurier überfiel und 250 kg Edelmetall entwendete. Zwar kam die Gruppe dafür lange ins Gefängnis, das Gold blieb jedoch unauffindbar.

Aus politischer Perspektive ist Xatars spektakuläre Lebensgeschichte aus diversen Gründen interessant. Xatar kam als Geflüchteter mit seinen Eltern nach Deutschland, nachdem seine linken, politisch aktiven Eltern als Kurd:innen vor der sogenannten «islamischen Revolution» im Iran fliehen mussten. Einmal in Bonn angekommen, wollten die Eltern an ihre Passion für klassische Musik<sup>2</sup> anknüpfen. Der Vater ist Komponist, es fällt ihm aber schwer, sich in Deutschland Anerkennung zu verschaffen. Oder wie es der Filmregisseur Akin, dessen Eltern aus Arbeitsgründen aus der Türkei nach Deutschland migriert sind, in einem Interview auf den Punkt bringt: Deutschland kann verdammt hart sein. Und wenn man nicht mit genügend Geld ankommt, spürt man förmlich schon die Kälte des Betons, auf dem man sich schlafen legen soll. Ganz egal ob man in der alten Heimat studiert hat, oder was auch immer. Man werde als Mensch zweiter Klasse behandelt.

Also mussten die Hajabis fortan eine ganze Generation abwarten, bis jemand aus der Familie mit Musik Be-

rühmtheit erlangte. Ganz nach dem Motto: Wenn nicht mit Opern, dann mit Rappen. Vermutlich dürfte sich der Sohn von den Eltern abgeschaut haben, dass Musik ein Ventil sein kann, um Erlebtes zu verarbeiten. Im Film wird gezeigt, dass er es als Teenager nicht mit ansehen wollte, wie seine Mutter Überstunden als Reinigungskraft leisten musste, um dem Sohn teuren Klavierunterricht zu ermöglichen. Also begann der junge Giwar kurzerhand damit, eigenes Geld mit dem Kopieren von Pornos zu verdienen, kurz darauf Gras zu verkaufen – und auch gleich darüber zu rappen. Später verkaufte er schliesslich Kokain.

Obschon die Geschichte des Underdogs, dem aufgrund der Verhältnisse eine bessere Alternative bleibt, als Drogen zu verkaufen, schon diverse Male erzählt wurde, ist es wohl notwendig, solche Lebensverläufe auch im deutschen Kino-Mainstream darzustellen. Um zu zeigen, dass dies eben nicht nur in irgendwelchen Orten in den USA passiert, sondern auch im beschaulichen Bonn. Und schlussendlich stellt Xatar wie kein anderer Deutscher dar, dass Strassenrap eben nicht bloss die oft kritisierte Verherrlichung von Drogen und Gewalt ist, sondern eine Möglichkeit, um dieses Geschäft hinter sich zu lassen. Es muss aber auch gesagt werden, dass Xatars Musik (z.B. der Song «Meine große Liebe») selbst diese Botschaft besser vermittelt als der Film. Denn in Akins Film wird das Thema Drogenhandel unkritisch dargestellt, was auch den Schluss zulassen kann, dass es ja überhaupt kein Problem sei, zu dealen. Noch weniger wird die Gesellschaft kritisiert, welche Menschen mit wenig finanziellen Mitteln überhaupt erst dazu animiert, das ganze Risiko auf sich zu nehmen, welches mit Dealen verbunden ist. Strassenrap selbst lädt in der Regel dazu ein, das Thema mehrschichtiger zu betrachten, als es im Film der Fall ist.

Zwar leistet der Film einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Repräsentation jener, welche die selbst ernannte deutsche Mehrheitsgesellschaft (sic!) auch nach Jahrzehnten noch als fremd bezeichnet. Doch er hat viele Schwachpunkte. Ich möchte an dieser Stelle klar-

1 Das «X» in Xatar wird ähnlich wie das deutschsprachige «Ch» ausgesprochen. Der Begriff bedeutet im Kurdischen soviel wie Gefahr oder gefährlich. Im kurdisch beeinflussten Slang kann man also z.B. Sätze wie «Das ist xatar» sagen, wenn man etwas besonders krass oder imposant findet.

2 Es bleibt undeutlich, inwiefern sich der Film auf Wagners Oper «Das Rheingold» beziehen will – ausgerechnet Wagner, der Antisemit und Lieblingskomponist der Nazi-Propagandamaschinerie. Reicht es, dass in beiden Geschichten Gold als verschollen gilt und Xatars Eltern klassische Musiker:innen sind?



Filmszene: Der Jugendliche Giwar in Bonn.

« Xatar hat diese cineastische Hommage verdient hat. Genauso all jene, für die er eine Strassenlegende, wenn nicht sogar eine Art Robin Hood ist.



stellen, dass es in der folgenden Kritik an Gewaltdarstellungen nicht um eine moralisierende Diskussion hinsichtlich negativen Vorbildfunktionen gehen soll.<sup>3</sup> Es geht mir mehr darum, dass neben diversen Schlägerei-Szenen andere Aspekte untergehen, die dabei helfen würden, ein unsicheres, prekäres Strassenleben besser zu verstehen. Gerade wenn man, wie ich selbst auch, das Privileg hatte, in der Jugend nicht mit solch roher Gewalt konfrontiert zu werden.

Der Film stellt dar, wie der jugendliche Giwar – um sich über Wasser zu halten – lernen musste, mit Schlägereien und später auch Waffengewalt umzugehen und selbst brutal zu werden. Im Gegensatz zum Film schafft es die Buchvorlage dabei jedoch stets zu vermitteln, dass Xatar diese Gewalt reflektiert hat und nicht mehr so leben möchte. Es sollte nie vergessen werden, dass es die materiellen Verhältnisse sind, die einen Menschen dazu bringen andere zu verletzen, und dass niemand als übler Schläger geboren wird. Wer möchte schon einen Lebensstil führen, welcher täglich von Gewalt geprägt ist? Im Film nehmen die Schlägerei-Szenen zu viel Raum ein. Ihre Vielzahl und ihre Wiederholung hat keinen dramaturgischen Wert. Akin betont im Interview, er wolle aus einer anthropologischen Perspektive erörtern, was einen Menschen dazu bringe, Gewalt anzuwenden. Diesem Anspruch genügt der Film nicht. Zumindest im Kinosaal, in welchem ich sass, wurden die entsprechenden Szenen wohl eher als unterhaltend und belustigend aufgefasst.<sup>4</sup>

Spätestens bei einer beklemmenden Mordszene wird diese Unzulänglichkeit des Films offensichtlich. Xatar ist unterdessen zum Schützling eines waschechten Mafia-Bosses aufgestiegen. Ein in Ungnade gefallener Zuhälter wird vom Boss, den alle bloss

3 Regisseur Fatih Akin bemerkt im bereits erwähnten Interview nämlich richtig, dass bei einem Jugendlichen aus der oberen Mittelschicht mit deutschsprachigem Nachnamen, welcher sich durch einen Kinofilm prügelt, niemand auf die Idee kommen würde zu monieren, es handle sich um ein schlechtes Vorbild. Schliesslich sind solche Szenen fester Bestandteil cineastischer Unterhaltung. Oder wer würde schon Bud Spencer für Gewaltexzesse kritisieren?

4 Es war irritierend gleichzeitig auf der Leinwand zu beobachten, wie jemand, der bereits niedergestreckt wurde weiter dermassen getreten wurde, dass die Schlägerei ohne Weiteres eine Querschnittslähmung zur Folge haben könnte, und das Publikum dabei lachen zu hören.

«Onkel» nennen, kurzerhand im eigenen Wohnzimmer erschossen. Während Xatar im Buch beschreibt, dass er aufgrund dieser Gräueltat, welche er **mit ansehen** musste, beschloss, aus Mafiageschäften auszusteigen, fehlt diese Einordnung im Film. Das Kinopublikum lachte als der Schuss fiel. Mir selbst war die Mordszene zu realistisch, im Gegensatz zu unrealistischen Darstellungen in irgendwelchen Actionfilmen.

Sympathisch war jedoch, wie passend der Kleidungsstil der Kinogänger:innen mit dem im Film gezeigten übereinstimmte. Das Publikum war eben richtig HipHop. Richtig HipHop wäre es allerdings auch gewesen darzustellen, wie Xatar eine Zeit lang Basketball als Leistungssport spielte, oder wie sein ganzes Viertel gegen die spiessigen Bonner Drogenfahnder zusammenhielt, welche übrigens das Ziel der Häme in einem Songtext zusammen mit Rap Kollege SSIO (Song «Don & Fuß» von SSIO) wurden. Beides kann man im Buch nachlesen. Dafür zeigt der Film rührend, wie Grossmütter durch eine Art Zaghrouta<sup>5</sup> ihre Nachbar:innen vorwarnen, als das Sondereinsatzkommando Xatars Wohnung stürmen will. Denn jene, welche zusammen «am Block» wohnen, wissen bestens, dass es selten ein gutes

Ende nimmt, wenn die Polizei kommt.

Als Fazit bleibt zu sagen, dass Xatar diese cineastische Hommage verdient hat. Genauso alle jene, für die er eine Strassenlegende, wenn nicht sogar eine Art Robin Hood ist. Letzteres Image festigt Xatar beispielsweise durch Spenden an Kinderheime in Kurdistan, weshalb er wohl trotz der ganzen Jahre des Leids und der Haft der Meinung sein dürfte, dass sich sein Weg gelohnt hat. Wer sich wirklich für Xatars Geschichte interessiert, sollte jedoch das Buch lesen. Denn im Film werden Schauplätze von England nach Holland und vom Irak nach Syrien verlegt, um nur zwei von vielen Anpassungen zu nennen, welche den Ansprüchen an ein marktkonformes Produkt fürs Kino zum Opfer gefallen sind. Wer Folterszenen nicht ansehen will, sollte ebenfalls besser Xatars Musik hören, statt ins Kino zu gehen.

Seine Eltern gaben ihm den Vornamen Giwar, was «im Leid geboren» bedeutet. Kurdistan und Iran leiden auch 2022 enorm. Umso beeindruckender ist der ungebrochene Widerstandswille der Menschen dort. Der Rapper Xatar ist politischer als so mancher sogenannte Polit-Rap. Dies zeigt sich unter anderem dadurch, dass sein offizielles Profilbild auf den sozialen Medien nicht ihn selbst zeigt, sondern die Kurdin Jina Amini, deren Ermordung die aktuelle feministische Revolution im Iran auslöste.

5 Eine Vokaltechnik, durch welche ein langer, hoher Klang mit schnell schwankender Tonhöhe von sich gegeben wird; häufig als Ausdruck der Freude.



Von links nach rechts: Schauspieler **Emilio Sakraya**, Regisseur **Fatih Akin** und der Musiker **Xatar** bei der Premiere von «Rheingold» in Köln.

# Marvel und die Mossad-Agentin

Der Film «Captain America: New World Order» kommt erst in zwei Jahren in die Kinos, sorgt jedoch jetzt schon für viel Kritik. Der Staat Israel soll nämlich seinen eigenen Charakter bekommen: Sabra. Wer ist Sabra? Und ist es richtig, Israel diese Bühne zu bieten?

von Jonathan Nachname & Daniel Nachname (beide BFS Jugend Basel)

### Hintergrund und Geschichte

Sabra ist das Alter Ego von Ruth Bat-Seraph. Sie ist in der Nähe Jerusalems geboren und in einem speziellen Kibbuz aufgezogen worden, welches von der israelischen Regierung geführt wird. Ein Kibbuz ist eine Art Kollektivsiedlung in Israel, die auf gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen basiert. Die Tatsache, dass diese von der Regierung geführt wird, ist bereits die erste rote Flagge. Der Grund, wieso sie dort aufgezogen wurde, ist weil sie Mutantin ist, die übermenschliche Fähigkeiten besitzt. Sie wird dort zu einer Mossad (israelischer Geheimdienst) Agentin ausgebildet. Ihre Aufgabe ist es, Terroristen zu bekämpfen. Das ist auch der Grund, wieso sie Hulk bekämpft, da sie davon ausgeht, dass er Teil einer arabischen Terrororganisation ist. In ihrer Auseinandersetzung mit Hulk stirbt ein palästinensisches Kind, worauf Hulk mit Wut reagiert und ihr vorwirft, dass das Kind gestorben ist, weil Israel das Land nicht teilen will. Anschliessend realisiert Sabra ihre Fehler und die Tatsache, dass sie eine Kriegsmaschine ist. Sie sieht ein, dass Araber

kein Monolith sind und nimmt sich vor ihren Rassismus einzugrenzen. Das hält aber nicht lang. Im Verlauf ihrer Geschichte fällt sie recht schnell wieder in ihre alten rassistischen Haltungen zurück und kommt später auch in Konflikt mit einem arabischen Helden.

Sabra ist die Verkörperung eines Staates, der grosse Teile seiner Bevölkerung systematisch benachteiligt und unterdrückt, weil sie einer anderen Ethnie angehören. Israel enteignet die Häuser und Wohnungen von Palästinenser\*innen, um Israelis Platz zu machen. Palästinenser\*innen werden von Israelis per Gesetz räumlich voneinander getrennt, kontrolliert und überwacht. Palästinenser\*innen werden absichtlich finanziell schwächer gehalten, durch eine Unterfinanzierung öffentlicher Dienstleistungen in Gebieten, in denen Palästinenser\*innen leben.

An sich ist es lobenswert, der jüdischen Community einen explizit jüdischen Charakter schenken zu wollen, der über die üblichen Stereotype hinausgehen soll. Jedoch hat dieser vermeintlich progressive Charakter in der Vergangenheit nicht der Repräsentanz der jüdi-

Darstellung der Superheldin Sabra in den Comics.



## « Sabra ist die Verkörperung eines Staates, der grosse Teile seiner Bevölkerung systematisch benachteiligt und unterdrückt, weil sie einer anderen Ethnie angehören.

schen Community gedient, sondern der Beschönigung der Politik Israels. Wir kennen zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rolle, die Sabra in diesem Film spielen soll und wissen auch nicht, ob sich ihr Charakter grundlegend verändern soll. Doch selbstverständlich sollten bei Allen die Alarmglocken läuten, wenn ein Charakter, der in der Vergangenheit für rassistische und koloniale Strukturen stand, sein Comeback feiern soll.

### Name

Doch woher kommt der Name «Sabra»? «Sabra» nennt man in Palästina Jüd:Innen, die dort schon vor 1948 gelebt haben. Aber auch Kaktusfeigen nennt man so. Diese sollen aussen hart und stachelig sein, jedoch innen weich und süß. Deshalb wird dieses Wort oft als Metapher für Dinge verwendet, die nach Aussen stark und bedrohlich scheinen, jedoch Innen wunderschön sind. Der Name ist jedoch aus einem anderen Grund problematisch. Während dem libanesischen Bürgerkrieg flüchteten viele Palästinenser\*innen in Richtung Beirut, unter anderem in die Flüchtlingslager Sabra und

Schatila. Zu der Zeit waren diese Flüchtlingslager von israelischen Soldaten umstellt. Zwischen dem 16. und 18. September 1982 stürmten rechte libanesische und maronitisch-katholische Soldaten, die Pro-Israel waren, die Flüchtlingslager und verstümmelten, folterten, vergewaltigten und töteten die palästinensischen Flüchtlinge. Dieses Massaker hatte sich gezielt gegen Zivilist\*innen gerichtet und wird je nach Quelle auf 460-3500 Opfer geschätzt. Der Superheldin Sabra erschien schon zwei Jahre zuvor in einem Comic, doch Kaktusfrucht hin oder her eine Namensänderung wäre angesichts des gleichnamigen Massakers mehr als nur angebracht. Durch die Ankündigung eines israelischen Charakters gibt Marvel bekannt, dass sie die ungerechtfertigte Besetzung Palästinas und die zionistische Siedlungskolonien unterstützen und sogar glorifizieren. Israelische Gewalt, Armee und Polizei wird als richtig und gerecht dargestellt und Palästinenser\*innen werden entmenschlicht.



**BFS**

# 20 Jahre Bewegung für den Sozialismus

Im Frühjahr 2002 wurde die Bewegung für den Sozialismus (BFS/ MPS) gegründet. Seither hat die Organisation viele Krisen durchlebt und musste sich immer wieder neu aufstellen. Trotz allen Schwierigkeiten hat ihre Existenz aber nicht nur eine Berechtigung, sondern ist auch nötig. Ein Blick zurück soll uns helfen, die kommenden Aufgaben beim Aufbau einer revolutionären Organisation in der Schweiz anzugehen.

**von Philipp Gebhardt (BFS Zürich)**

## « Réfléchir pour agir, agir en réfléchissant » sollte die Guideline aller Revolutionär:innen sein.

### Wenig erreicht und trotzdem da

Die BFS/MPS wurde gegründet mit dem Ziel, eine politische Organisation aufzubauen, die einen intellektuellen und praktischen Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus zu leisten vermag und sich für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg engagiert. Angesichts der weltweiten sozialen Ungleichheit, der Klimakatastrophe, unzähliger Kriege und der Unterdrückung von Millionen von Menschen sind wir, zusammen mit allen Linken, die dieses Ziel teilen, gescheitert. Woher nehmen wir aber die Berechtigung – und die Motivation –, trotz dieser schwierigen Bilanz weiterzumachen und am Aufbau einer revolutionären Organisation zu arbeiten?

### Gründung 2002

Die BFS/MPS ist ein Produkt der Antiglobalisierungsbewegung und war zu Beginn grosso modo ein Zusammenschluss aus Mitgliedern der trotzkistischen Revolutionären Marxistischen Liga (RML)/Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die zwischen 1969 und circa 1990 in der Schweiz existierte, und jüngeren Aktivist:innen, die in den 1990er Jahren durch die Proteste gegen die G8-Gipfel und die neoliberale Politik der WTO und des IWF politisiert worden waren.

Der Gründung lag die Überzeugung zu Grunde, dass sich sowohl die Sozialdemokratie als auch kommunistisch-stalinistische Teile der Arbeiter:innenbewegung komplett diskreditiert haben. Die Sozialdemokratie ist spätestens seit den 1990er Jahren führend am neoliberalen Umbau der europäischen Gesellschaften beteiligt, und die moskautreuen kommunistischen Parteien sind nach dem Zusammenbruch der UdSSR fast überall in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Die BFS/MPS sollte Teil einer neuen Linken werden, die diese Altlasten hinter sich lassen kann. Den Sozialismus neu zu denken, bleibt bis heute ein Anspruch, an dem wir festhalten.

### Der Schweizer Föderalismus als Herausforderung

Eine revolutionäre Organisation in der Schweiz aufzubauen ist mit unzähligen landesspezifischen Fallstricken verbunden. Die Vielsprachigkeit und die föderalen Traditionen der Schweiz erschweren nicht nur den Austausch, sondern führen zu sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten, was wiederum eine Herausforderung für die Lancierung von nationalen politischen Kampagnen darstellt.<sup>1</sup> Eines der wenigen

<sup>1</sup> Ein Beispiel: Da ein Grossteil der zentralen gesellschaftlichen Bereiche hierzulande föderal organisiert wird (Bildung, Gesundheit,

Male, wo uns eine schweizweite Kampagne tatsächlich gelungen ist, war die linke Referendumskampagne gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2005.



Die BFS/MPS als Gast in der Arena im September 2005.

Als die Personenfreizügigkeit 2005 auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt und die flankierenden Massnahmen zum Schutz der hiesigen Arbeitsbedingungen abgesegnet werden sollten, ergriff die BFS/MPS das linke Referendum dagegen. Selbstverständlich verteidig(t)en wir das Recht auf Bewegungsfreiheit der Lohnabhängigen. Wir betrachteten aber die flankierenden Massnahmen als völlig ungenügend und unwirksam. Wir waren überzeugt, dass die Personenfreizügigkeit – wegen dem Nachschub an Arbeitskräften und dem Zugang zum EU-Markt – für die Schweizer Kapitalist:innen derart wichtig ist, dass die Linke dem Bürgertum hier mehr Zugeständnisse abtrotzen könnte. Die Gewerkschaften und die SP unterstützten hingegen das Abkommen. Die gesellschaftliche Entwicklung auf den Baustellen, in der Gastronomie oder im Gesundheitsbereich, wo Lohndumping heute zum Alltag gehört, sollte uns Recht geben.

---

Soziales), finden in der Schweiz nur selten nationale Sparpakete statt, gegen die eine schweizweite Kampagne geführt werden und die Lohnabhängigen kantonsübergreifend in Aktion bringen könnte. Die föderal organisierten Angriffe auf die sozialen Rechte der Lohnabhängigen verhindern so die Entstehung von Solidarität.



Demonstration der streikenden Arbeiter:innen und ihrer Unterstützer:innen in Bellinzona 2008.

## « Der Zweck unserer politischen Arbeit ist die Förderung der Selbstorganisation von unterdrückten und ausgebeuteten Lohnabhängigen. Denn die Selbstaktivität ist für uns der Schlüssel zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses.

### «Réfléchir pour agir, agir en réfléchissant»

Als grösstes Hindernis für den Aufbau einer revolutionären Organisation in der Schweiz erweist sich in erster Linie die weltweit einzigartige politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes (wofür der Föderalismus ein Grund unter vielen darstellt). Dies zu ignorieren, führt zu idealistischen und realitätsfremden politischen Praxen und falschen Hoffnungen. Ein Grossteil der Lohnabhängigen in der Schweiz ist aufgrund seiner relativen materiellen Privilegien weniger geneigt in Aktion zu treten – auch wenn ihre Arbeitskraft ebenso ausgebeutet wird, wie anderswo. Die spezifischen sozio-politischen Verhältnisse in der Schweiz und ihre Verortung im internationalen Kontext zu kennen, ist eine Grundvoraussetzung, um angemessene politische Antworten und Aktivitäten zu entwickeln, die nicht unbemerkt von der Öffentlichkeit verpuffen. «Réfléchir pour agir, agir en

réfléchissant» sollte die Guideline aller Revolutionär:innen sein. Dementsprechend spielt die Bildungsarbeit nach innen und die Publikationsarbeit nach aussen eine so wichtige Rolle in der BFS/MPS.

Wenn wir nachdenken und uns politisch bilden, bietet das marxistische Erbe der Arbeiter:innenbewegung eine reichhaltige Fundgrube, um die gegenwärtige kapitalistische Realität zu verstehen. Gleichzeitig begnügen wir uns nicht damit, die Klassiker bis zur Russischen Revolution 1917 zu lesen und einen Parteaufbau à la Bolschewiki nachzuahmen, wie es andere revolutionäre Linke tun. Nicht nur der Kapitalismus hat sich gewandelt, auch die sozialen Widerstände der letzten Jahre – insbesondere die feministische, die antirassistische und die Klimabewegung – tragen grundlegend neue Elemente in sich. Sie fordern die revolutionäre Linke heraus, traditionelle Denkmuster und Organisationsformen zu überdenken, sich mit neuen Fragen zu beschäftigen und sich neu zu vernetzen, ohne dabei ihre traditionelle Fokussierung auf die soziale Frage und die Gewerkschaftsbewegung aufgeben zu müssen. Im Gegenteil, es ist genau die Aufgabe der revolutionären Linke, ein Verständnis – und daraus abgeleitet eine politische Praxis – zu entwickeln, welche feministische, antirassistische und ökologische Fragen als Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit behandeln und umgekehrt.

## Arbeiter:innenkämpfe versus parlamentarische Kämpfe?

Trotz aller Stabilität und dem relativen Reichtum sind die Lohnabhängigen in der Schweiz mit den gleichen Mechanismen neoliberaler Herrschaft konfrontiert und erleben soziale Probleme, die sich daraus ergeben. Diese objektive Situation bietet auch immer wieder Chancen für eine klassenpolitische Intervention, ja sie macht eine solche sogar nötig.

Als die über 400 Arbeiter:innen 2008 in der SBB-Werkstätte in Bellinzona gegen die geplante Schliessung der Officina protestierten, in den Streik traten und die Werkstätte über einen Monat besetzt hielten, gehörten unsere Genoss:innen im Tessin zu den Mitorganisator:innen des Streiks. Einer der wichtigsten Impulse war dabei wohl, dass sich die BFS/MPS gegen die Gewerkschaftsbürokratien stellte und sich dafür einsetzte, dass die Streikleitung nicht von den Gewerkschaftsapparaten übernommen wurde, sondern in den Händen der Arbeiter:innen blieb. Hier fand unser Grundsatz von Arbeiter:innendemokratie einen ganz konkreten Ausdruck. Die basisdemokratische Organisation des Streiks unter Leitung des Streikkomitees und der Einbezug der lokalen Bevölkerung – der Streik wurde nicht allein als Arbeitskampf, sondern in der Tat als gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt – waren wichtige Faktoren, die dem Streik zum Erfolg verhelfen.

Nicht zuletzt wegen unserer solidarischen Rolle im Streik in der Officina ist die BFS/MPS seit 2011 im Tessiner Kantonsparlament vertreten. Und seit der Integration der rechten Lega dei Ticinesi in die Regierung musste sogar die NZZ anerkennen, dass wir im Tessin als einzige Opposition zum bürgerlichen Konsens übriggeblieben sind. Unser Genosse Matteo Pronzini, so die NZZ, «deckt Missstände in Altersheimen auf, er wettet gegen Probleme im öffentlichen Verkehr, er ortet Schwachstellen bei der kantonalen Spitalorganisation oder hakt nach, wenn Firmen aus dubiosen Motiven Konkurs gegangen sind. [...] War es früher die Lega dei Ticinesi, die der manchmal sehr verschworenen Tessiner Parteilandschaft zusetzte, ist es nun ein schlafloser Gewerkschafter mit einigen wenigen Kampfgenossen im Hintergrund.»<sup>2</sup>

Wir hegen nicht die Hoffnung, dass unser Engagement im Parlament zu grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft führen wird. Diese muss zwingend von sozialen Kämpfen wie dem Streik 2008 ausgehen. Die parlamentarische Präsenz im Tessin ermöglicht es uns allerdings, dass unsere politischen Inhalte in einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden (was in einem stockkonservativen Kanton wie dem Tessin umso erstaunlicher ist). Nicht mehr, nicht weniger. Die Gleich-

## « Wir teilen die Überzeugung, dass es nicht an uns ist, aus der Schweizer Schreibstube den Lohnabhängigen der Welt Lehren zu erteilen.

setzung von parlamentarischer Intervention und reformistischem Verrat ist stumpfsinnig und wenig hilfreich bei der Entwicklung einer revolutionären politischen Praxis im 21. Jahrhundert.

### Internationalismus

In der Zeit unseres Bestehens haben wir eine Abneigung entwickelt sowohl gegen linke Besserwisser, die den Verlauf der Geschichte schon längst kennen, als auch gegen Organisationen, die sich selbst als Nabel revolutionärer Theorie sowie als Avantgarde der «proletarischen Bewegung» verstehen und daraus einen absoluten Führungsanspruch ableiten. Wir sind da um einiges bescheidener und anerkennen, dass sich die revolutionäre Linke weltweit in einem Schlamassel befindet und wir hier keine Ausnahme bilden. In dieser Situation erachten wir es als ehrlicher zuzugeben, dass wir uns in einem theoretischen und praktischen Suchprozess befinden. Es erscheint uns selbstverständlich, dass auf dieser Suche verschiedene Meinungen und Positionen hervortreten, die innerhalb der BFS auch einen Platz haben dürfen. Eine monolithische Parteilinie zu entwickeln ist weder realistisch noch erstrebenswert.

Wir teilen in der BFS/MPS aber gewisse politische Prinzipien und Überzeugungen als gemeinsamen Nenner. Zum Beispiel, dass es nicht an uns ist, aus der Schweizer Schreibstube den Lohnabhängigen der Welt Lehren zu erteilen. Gemäss unserer internationalisti-



Demonstration gegen den russischen Angriffskrieg im April 2022 in Bern.

2 NZZ am Sonntag, 4. März 2018, S. 14.



Jugendweekend der BFS/MPS im April 2022.

schen Überzeugung sehen wir es als prioritär an, den Stimmen der Betroffenen zu zuhören und diese ernst zu nehmen. Dabei möchten wir die persönlichen Erfahrungen, die gesellschaftlich-materiellen Interessen und die Einordnung des Geschehens aus der Perspektive der Betroffenen in unseren eigenen Klärungsprozess einbeziehen.

Gerade im Falle des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine scheitern weltweit viele revolutionäre Linke daran, diese für uns so grundlegende Haltung einzunehmen. In ihren Pamphleten und Stellungnahmen interpretieren sie den Krieg als inter-imperialistischen Konflikt zwischen Russland und der NATO. Daraus entwickeln sie eine Position der «Neutralität» gegenüber beiden Kriegsparteien. Wenn beide Seiten irgendwie imperialistisch sind, dann könne man sich nicht für eine Seite entscheiden. Die ukrainische Bevölkerung – inklusive allen linken, gewerkschaftlichen, feministischen und ökologischen Aktivist:innen – wird dadurch zu einer Marionette des westlichen Imperialismus degradiert. Jegliche Subjektivität und ihr Recht auf Unterstützung bei der Selbstverteidigung wird ihr abgesprochen. Es bleibt für uns unerklärlich, wie sich revolutionäre Linke derart weit von den unmittelbaren Interessen der ukrainischen Lohnabhängigen (zum Beispiel ihrem Recht auf Leben...) entfernen können.

Wir haben von Kriegsbeginn an Kontakte zu ukrainischen Sozialist:innen und russischen Kriegsgegner:innen geknüpft, konkrete Solidaritätsarbeit entwickelt und Veranstaltungen organisiert mit dem Ziel, dass ihre Stimmen in westlichen Staaten gehört werden. Das ist es, was wir unter Internationalismus verstehen.

Das Andere Davos, unsere Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF) und eine der grössten regelmässig stattfindenden antikapitalistischen Konferenzen der Schweiz, steht exemplarisch für diese internationalistische politische Praxis. Abgesehen von den Jahren der Pandemie laden wir jeden Januar Aktivist:innen aus aller Welt nach Zürich ein, um ge-

meinsam voneinander zu lernen, uns international zu organisieren und der Vernetzung der Herrschenden in Davos eine solidarische Perspektive von unten entgegenzusetzen. Die weltweit stattfindenden sozialen Kämpfe, von denen uns Aktivist:innen aus erster Hand berichten, dienen uns dabei als Orientierungspunkte für unseren eigenen politischen Kompass. «Widerstand zeichnet die Konturen einer anderen Welt» ist deshalb seit 1999 das Leitmotiv des Anderen Davos.

### **Solidarische Zusammenarbeit und Selbstorganisation**

Dieselbe Herangehensweise des solidarischen Zuhörens und des gemeinsamen Lernens teilen wir im Übrigen auch im hiesigen Kontext. Wir orientieren uns an sozialen Bewegungen, weil sie unserer Überzeugung nach die Keime einer solidarischen Gesellschaft in sich tragen. Wir arbeiten aktiv in den Bewegungen mit, sind bereit zu lernen, machen Vorschläge und vermeiden es gleichzeitig, andere Aktivist:innen mit unseren Weisheiten zu belehren. Der Zweck unserer politischen Arbeit ist dabei die Förderung der Selbstorganisation von unterdrückten und ausgebeuteten Lohnabhängigen. Die Selbstaktivität ist für uns der Schlüssel zur Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, wodurch Schritt für Schritt eine Gegenmacht zur bürgerlichen Herrschaft aufgebaut werden kann.

Als der Zürcher Kantonsrat Ende 2015 ein Sparpaket beschloss, waren wir massgeblich an der Protestkampagne «Abbau stoppen» beteiligt, die von Gewerkschaften, linken Parteien und Einzelpersonen getragen wurde. Über ein halbes Jahr hinweg konnte dadurch an Schulen, Arbeitsplätzen und im öffentlichen Raum gegen die Sozialabbaupläne mobilisiert werden.

Auch wenn die Kampagne letztendlich erfolglos blieb, entstand daraus ein selbstorganisiertes Kollektiv von Kinderbetreuer:innen, die Trotzphase. Diese ist bis heute eines der wenigen selbstorganisierten Kollektive von Arbeiter:innen im Raum Zürich. Wir pflegen seit 2016 einen engen Kontakt zur Trotzphase, unterstützen sie in ihren Kampagnen und demonstrieren jedes Jahr am 1. Mai gemeinsam mit ihnen.

### **Feministische Offensive**

Auch wenn die allgemeine Bilanz der BFS/MPS gemessen an ihren realpolitischen Erfolgen bescheiden ausfällt, sind wir bis heute als einzige revolutionäre Organisation in allen drei Landesteilen präsent, was uns einen wertvollen Erfahrungsaustausch über die soziale Realität im Land ermöglicht. Als feministische und gewerkschaftliche Kollektive in der Westschweiz 2018 begonnen haben, für den feministischen Streik 2019 zu mobilisieren, erlaubte uns der Kontakt mit unseren Lau-

sanner und Genfer Genoss:innen, auch in Zürich und Basel zur Gründung von Streikkollektiven anzuregen, ohne dabei den Anspruch zu haben, die Kollektive in irgendeiner Form dominieren zu wollen. Ein knappes Jahr später erlebte Zürich mit 160'000 und Basel mit über 60'000 Teilnehmer:innen die grössten Demonstrationen seit Jahrzehnten und die Schweiz den mächtigsten Streik- und Protesttag seit dem Generalstreik 1918. Und bis heute besteht das feministische Streikkollektiv als relevante soziale Gruppierung in der Limmatstadt.

Wenn aus politischen Kampagnen und Initiativen, an denen wir uns beteiligen oder die wir initiieren, längerfristig bestehende Formen von Selbstorganisation entstehen, dann haben wir etwas richtig gemacht. Denn im Gegensatz zur institutionellen Linken, die ihre Bilanz an Wahlergebnissen, der Grösse ihres Apparates oder der Anzahl Vorstösse in Parlamenten misst, messen wir unsere Existenzberechtigung in erster Linie daran, inwiefern es in der sozialen Realität einen Unterschied macht, ob wir existieren oder nicht.

### **Auf weitere 20 – hoffentlich erfolgreichere – Jahre**

Wir leben in einer Zeit voller tiefgreifender Umbrüche. Zu Pandemie und Klimakrise kommt nun ein Krieg in Europa (mitsamt atomarer Bedrohung) sowie eine damit verknüpfte Energiekrise hinzu. Die multiplen Krisenherde des Kapitalismus interagieren und verstärken sich dabei gegenseitig. Es ist nicht absehbar, dass sich das politische, wirtschaftliche und ökologische Klima in den kommenden Jahren entspannen wird. Im Gegenteil werden die imperialistischen Spannungen zunehmen, die Klimakatastrophe ungehemmter voranschreiten, und Millionen von Menschen in ihrer Existenz bedroht werden.

Diese explosive Gemengelage verlangt von einer revolutionären Organisation nicht nur Prinzipienfestigkeit, sondern gleichzeitig auch die Offenheit, sich neuen Gegebenheiten anzupassen, auf Entwicklungen zu

reagieren, sowie die Fähigkeit, alte Gewissheiten über Bord werfen zu können. Eine Welt voller politischer und klimatischer Brüche verlangt nach Organisationen, die auf einen gesellschaftlichen Bruch mit der gegenwärtigen Produktions- und Reproduktionsweise abzielt.

Um die Knochenarbeit des Organisationsaufbaus und der Ausbildung von politisch interessierten Menschen zu Aktivist:innen und Organizer:innen kommen wir nicht herum, auch wenn diese Arbeit anstrengend und zeitaufwendig ist und meist unsichtbar bleibt. Dazu leistet die BFS/MPS seit 20 Jahren einen Beitrag, ohne dabei zu meinen, sie sei die einzige Organisation zur notwendigen Neuorganisation der Arbeiter:innenklasse.

Solange die BFS/MPS ein Anziehungspunkt für unangepasste Jugendliche und Lohnabhängige ist, die das Träumen von einer besseren Welt noch nicht ganz verlernt haben und sich dafür organisieren wollen, hat sie auch eine Existenzberechtigung.

«**Wir begnügen uns nicht damit, die Klassiker bis zur Russischen Revolution 1917 zu lesen und einen Parteaufbau à la Bolschewiki nachzuahmen, wie es andere revolutionäre Linke tun.**

Transpi-Aktion der BFS am Strike for Future im Mai 2021 in Zürich.





## Das Andere Davos 2023

Am 13.-14. Januar 2023 findet in Zürich das Andere Davos, die Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum (WEF), statt. Die Veranstaltung trägt das Motto «Solidarisch gegen Inflation, Klimakatastrophe & Krieg». Als Gäste mit dabei sind unter anderem die aus der Ukraine stammende Soziologin Yuliya Yurchenko, die ukrainische Aktivistin Tasha Lomonosova (Sotsialnyi Rukh), der russische Journalist Ilya Matveev (Posle Magazine), Simon Pirani (Autor von «Burning Up: A Global History of Fossil Fuel Consumption»), die iranische Publizistin Mina Khani, Klimaaktivist:innen von «RWE & Co enteignen» sowie Gewerkschafter:innen aus Grossbritannien und Deutschland sowie Journalist:innen der Wochenzeitung (WOZ) und ak – analyse&kritik.

Die Konferenz wird organisiert von der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) und findet im Volkshaus Zürich statt. Es gilt Maskenpflicht (FFP2). Die Diskussionen werden auf Deutsch, Englisch und Französisch übersetzt und teilweise live gestreamt. Alle Infos zu Programm, Durchführung und Streams gibt es unter [sozialismus.ch](http://sozialismus.ch).

## Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich und Basel existieren auch Jugendgruppen, die BFS Jugend Zürich und die BFS Jugend Basel.

Auch in anderen Städten wie St. Gallen gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisiere dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

**bf**  
s  
Bewegung für  
den Sozialismus

BFS Zürich: [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch)  
BFS Jugend ZH: [jugend@bfs-zh.ch](mailto:jugend@bfs-zh.ch)  
BFS Basel: [basel@sozialismus.ch](mailto:basel@sozialismus.ch)  
BFS Romandie: [mps@socialisme.ch](mailto:mps@socialisme.ch)  
BFS Tessin: [mps.ti@bluewin.ch](mailto:mps.ti@bluewin.ch)

**sozialismus.ch**

 Bewegung für den Sozialismus

  [sozialismus.ch](http://sozialismus.ch)